

# „Eine gleichgültige Behandlung“

## Die Reaktionen des Staates auf das Verschwinden von Personen in Mexiko



**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Amnesty International, Deutsche Sektion  
AMR 41/3150/2016 – März 2016

Original:

“Treated with indolence” – The state’s response to disappearances in Mexico / “Un trato de indolencia” – La respuesta del Estado frente a la desaparición de personas en México  
(14. Januar 2016)

Deutsche Übersetzung:

Mitglieder der Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA), Hamburg

Internet: [www.casa-amnesty.de](http://www.casa-amnesty.de)

E-Mail: [casa@amnesty-hamburg.de](mailto:casa@amnesty-hamburg.de)

# Inhalt

Abkürzungen / Glossar	4
<b>1. Zusammenfassung</b>	5
Die wichtigsten Empfehlungen	7
<b>2. Methodik und Danksagungen</b>	9
<b>3. Die Krise des Verschwindens von Menschen in Mexiko (+ Karte)</b>	10
<b>4. Verschwinden in Cuauhtémoc, Chihuahua</b>	13
Hintergrund	13
Das Anzeigen von Verschwundenen in einer Atmosphäre der Angst	14
Die Suche nach den Opfern und Nachforschungen	15
Durch Verschwinden ausgelöstes Leid	19
Fotoserie	22-25
<b>5. Das gewaltsame Verschwindenlassen der 43 Student*innen von Ayotzinapa</b>	26
Hintergrund	26
Der Angriff vom 26./27. September 2014	27
Die Ermittlungen	29
Betroffenheit aufgrund von Verschwindenlassen	32
<b>6. Tausende von Familien fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung</b>	36
Zwei Karten:	38
▪ Verschwundene Personen pro Bundesstaat in Mexiko	
▪ Anzahl der Familienzusammenschlüsse, die nach verschwundenen Personen suchen	
<b>7. Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	39
Das Strafrecht	40
Die Suche nach Verschwundenen und die Ermittlungen	40
Die Auswirkungen für die Angehörigen	41
Unterstützung und Entschädigung	42
Ein Allgemeines Gesetz zum Verschwinden	42
Empfehlungen	44

## Abkürzungen / Glossar

CDHDF	Comisión de Derechos Humanos del Distrito Federal (Menschenrechtskommission in Mexiko-Stadt)
CEDEHM	Centro de Derechos Humanos de la Mujer (Frauenrechtszentrum im Bundesstaat Chihuahua).
CEDH	Comisión Estatal de Derechos Humanos (Menschenrechtskommission in einem der 31 Bundesstaaten). Aufgaben: Entgegennahme von Anzeigen und Beschwerden wegen Folter und anderer Misshandlungen gegen Bedienstete des Bundesstaates und der Gemeinden.
CIDH	Comisión Interamericana de Derechos Humanos (Inter-Amerikanische Menschenrechtskommission mit Sitz in: Washington D.C. – Spricht Empfehlungen an den CIDH aus)
CMPDH	Comisión Mexicana para la Defensa y Promoción de los Derechos Humanos (Nicht-Regierungsorganisation für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte)
CNDH	Comisión Nacional de Derechos Humanos (Nationale Menschenrechtskommission). Autonome staatliche Einrichtung, die das Mandat zur Entgegennahme von Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen hat. Die CNDH ist legal zuständig, von den zivilen und militärischen Dienststellen Informationen einzuholen und außergerichtliche Ermittlungen anzustellen. Wenn die CNDH zu dem Schluss kommt, oder eine öffentliche Empfehlung abgeben, mit der Behörden aufgefordert werden, Abhilfe gegen Missbräuche zu schaffen. Im Allgemeinen führen ihre Empfehlungen dazu, dass interne Ermittlungen angestellt werden und/oder dass gegen die entsprechende Strafermittlungsbehörde ( <i>Ministerio Público</i> ) selbst kriminalistische Nachforschungen angestrengt werden.
CoIDH	Corte Interamericana de Derechos Humanos (Inter-Amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz in San José de Costa Rica. Urteilt i.d.R. aufgrund von Empfehlungen der CIDH).
Ministerio Público	[kein Ministerium – in Mexiko heißen Ministerien „secretarías“]. Strafermittlungsbehörde auf Bundes- und Bundesstaatsebene, zwischen Staatsanwaltschaft und örtlicher Polizei. Im 19. Jhdt. als bürgernahe Instanz geschaffen, pervertierte das M.P. vor allem in den letzten Jahrzehnten zu einer Schrecken und Angst verbreitenden Einrichtung, um die der Normalbürger lieber einen Bogen macht als eine Strafanzeige zu erstatten. Oft wird den Menschen dort sogar nahe gelegt, auf eine Anzeige zu verzichten, wenn sie weitere Repressalien vermeiden wollen. Vielfach werden sie eingeschüchtert, bedroht oder es werden von ihnen sogar Geständnisse erpresst.
PGJE	Procuraduría General de Justicia del Estado (Generalstaatsanwaltschaft in einem der 31 Bundesstaaten Mexikos sowie eine Generalstaatsanwaltschaft in Mexiko-Stadt). Die PGJEs sind verantwortlich für die Erkundungen und Verfolgung von Straftaten in den jeweiligen Bundesstaaten, sowie für Verfehlungen von öffentlichen Bediensteten auf Bundesstaats- und Gemeindeebene.
PGR	Procuraduría General de la República (Generalstaatsanwaltschaft des Bundes). Verantwortlich für Nachforschungen und Verfolgung von Delikten, wie Verletzung von Bundesgesetzen, internationalen Verträgen, dem Organisierten Verbrechen, von bundesstaatsübergreifenden Verfehlungen und Grenzverletzungen, Drogendelikte, missbräuchliche Verwendung von Feuerwaffen sowie Angriffe auf bzw. Beleidigungen von Staatsbediensteten. Besondere Expertise: Medizinische und psychologische Gutachten in Fällen von Folter und anderen Misshandlungen. – Der bzw. die Vorsitzende der PGR sitzt mit am Kabinettschreibtisch im Range eines Bundesjustizministers.
SCJN	Suprema Corte de Justicia de la Nación (Oberster Bundesgerichtshof).

# 1. Zusammenfassung

Seit 2006 haben nationale und internationale Organisationen der Zivilgesellschaft vor einem Anstieg der Zahlen verschwundener Personen in Mexiko gewarnt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hatte man nach offiziellen Angaben keine Kenntnis über den Aufenthaltsort von mehr als 27.000 Personen, wobei keine Klarheit darüber herrscht, wie viele dieser Personen Opfer eines gewaltsamen Verschwindens (d.h. unter Beteiligung von Staatsbediensteten) wurden, wie viele durch nichtstaatliche Akteure verschwunden sind und wie viele sich aus freien Stücken von ihrem Wohnort entfernt haben.

2013 veröffentlichte Amnesty International seinen Bericht „Sich dem Albtraum stellen: das Verschwindenlassen von Menschen in Mexiko“<sup>1</sup>. Wenig hat sich seitdem geändert, aber die Anstrengungen seitens verschiedener Vereinigungen von Opfern und Angehörigen, Organisationen der Zivilgesellschaft und internationaler Einrichtungen haben es geschafft, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, was den mexikanischen Staat dazu bewogen hat, einige Maßnahmen anzukündigen, um dieser Krise zu begegnen.

In dem vorliegenden Bericht untersucht Amnesty International zwei Situationen des Verschwindens in Mexiko: den Fall des gewaltsamen Verschwindens von 43 Studenten der Pädagogischen Hochschule von Ayotzinapa und die Krise der Verschwundenen in der Stadt Cuauhtémoc im Bundesstaat Chihuahua. Diese Fälle wurden ausgewählt, weil sie einige Facetten der Problematik hervorheben: das Ausmaß, welches das Verschwinden in Mexiko erreichen kann, die Formen der Reaktion des mexikanischen Staates auf diese Delikte und die Auswirkungen auf die Menschenrechte der Opfer. In gleicher Weise geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Formen der Organisationen der Angehörigen von verschwundenen Personen auf der Suche nach ihren Verwandten.

In Mexiko scheinen die Behörden unfähig zu sein, auf institutioneller Ebene schlüssig zu reagieren mit dem Ziel, die Wahrheit herauszufinden und für Gerechtigkeit zu sorgen – unabhängig davon, ob es sich um einen in der Öffentlichkeit bekannten Fall des Verschwindens handelt oder um einen unbekannten Fall. Es ist notwendig, dass der mexikanische Staat seiner Pflicht nachkommt, ausführliche Suchen nach den verschwundenen Personen durchzuführen, die Fakten zu untersuchen, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen und vollständige und angemessene Entschädigung für die Opfer dieser schweren Menschenrechtsverletzungen zu garantieren. Ferner muss der Staat eine öffentliche Politik entwickeln, die darauf abzielt, das Verschwinden von Personen zu verhindern.

Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass die Suche nach verschwundenen Personen mangelhaft ist und zu spät einsetzt. Im Fall der 43 Studenten von Ayotzinapa beispielsweise weist die Suche schwerwiegende Mängel auf, die noch nicht behoben

---

<sup>1</sup> Amnesty International: Confronting a Nightmare. Disappearances in Mexico / Enfrentarse a una pesadilla. La desaparición de personas en México, Juni 2013 (Deutsche Übersetzung: CASA-Kogruppe Hamburg, s. [www.casa-amnesty.de](http://www.casa-amnesty.de)).

sind. In Cuauhtémoc wurden die Opfer im Allgemeinen nicht von staatlichen Stellen gesucht, und in den Fällen, in denen menschliche Überreste gefunden wurden, waren diese Funde zufallsbedingt und nicht das Ergebnis sorgfältiger Ermittlungen seitens der Behörden.

In der Mehrheit der Fälle scheint die Untersuchung nicht darauf ausgerichtet zu sein, die Wahrheit darüber herauszufinden, was passiert ist. Die Behörden beschränken sich darauf, einige wenig brauchbare Aktionen zur Nachforschung durchzuführen. Diese Art der Untersuchung ist nur eine Formalie, die schon im Vorwege zum Scheitern verurteilt zu sein scheint. In den zu Cuauhtémoc analysierten Fällen beruhen nahezu alle relevanten Informationen auf Ermittlungen, die von den Familien und ihren Rechtsbeiständen zur Verfügung gestellt wurden. Das überträgt die Last der Beweisführung unrechtmäßigerweise auf die Opfer. Im Fall der Studenten von Ayotzinapa ist die Untersuchung fehlerhaft und die Behörden waren nicht willens, die Empfehlungen anzunehmen, die von der Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten (GIEI) ausgesprochen wurden. Diese war von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission beauftragt worden, eine technische Analyse zur Untersuchung des Falles durchzuführen.

Das Verschwinden (ob durch staatliche oder nichtstaatliche Täter ausgelöst) führt zu einer Reihe von Verletzungen der Rechte der Opfer und ihrer Angehörigen. Das gewaltsame Verschwinden eines Menschen fügt seinen Angehörigen ernsthafte Schäden zu und verletzt deren Unversehrtheit. Dabei handelt es sich um eine Art von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder herabsetzender Behandlung. Die Betroffenheit durch das Verschwinden naher Angehöriger ist so tief und offensichtlich, dass es keinen Grund für die Annahme gibt, es sei weniger schlimm, wenn es sich um das Verschwinden durch nicht-staatliche Akteure handelt. Beide Situationen müssen vom Staat anerkannt werden, und die Opfer müssen eine angemessene Entschädigung erhalten, die ihnen im Rahmen des Möglichen die Wahrung ihrer verletzten Rechte wiederherstellt.

Den von Amnesty International gesammelten Aussagen kann man entnehmen, dass die Art der Behandlung, die die zuständigen Untersuchungsbehörden den Familien gegenüber an den Tag legen, mangelhaft, verletzend und von einem tiefen Desinteresse an den Fällen gekennzeichnet ist. Eine befragte Mutter fasste die Aufmerksamkeit, die man ihr entgegenbrachte, in dem Satz zusammen, der diesem Bericht den Namen gegeben hat: „Eine gleichgültige Behandlung, wie ein weiteres Stück Papier, denn das sind die verschwundenen Personen für sie, eine weitere Akte, die sie abheften.“

Außer der Verletzung der persönlichen Unversehrtheit sehen sich die Angehörigen, die hinter einer verschwundenen Person zurückbleiben, ernsthaften materiellen Schwierigkeiten ausgesetzt und müssen eine Reihe von Veränderungen in ihrem Leben vornehmen. Das schließt die Durchführung neuer Aktivitäten ein, die Annahme einer neuen Anstellung, um sich über Wasser zu halten, oder andere wirtschaftliche Maßnahmen, um sich der Suche nach ihren verschwundenen Angehörigen zu widmen. Sie sehen sich auch gezwungen, den Wohnort zu wechseln aus Angst vor Repressalien durch die wahrscheinlich Verantwortlichen für das Verschwinden.

Besonders gravierende Auswirkungen auf die Lebensweise der Personen haben Geldschulden, die bleiben, wenn eine Person verschwunden ist bzw. neue Kredite, die eine

Familie aufnehmen muss, um der Situation Herr zu werden. Die Familien der verschwundenen Personen laufen ständig Gefahr, ihr Eigentum, auch ihr Haus zu verlieren. Die geltende Gesetzgebung sieht keinerlei Schutz ihrer Rechte unter diesen Umständen vor.

Der mexikanische Staat hat die Schaffung eines Allgemeinen Gesetzes zum Verschwinden angekündigt, das staatliches Handeln auf allen Ebenen der Exekutive (Behörden des Bundes, der Bundesstaaten und Gemeinden) in Bezug auf dieses Thema regeln soll. Es ist notwendig, dass das neue Gesetz die Komplexität des Phänomens widerspiegelt und Antworten gibt, die über die derzeit herrschende Strafgesetzgebung hinausgehen. Das Gesetz muss u.a. Hilfsmaßnahmen für die Familien beinhalten, eine Abwesenheitserklärung, um den verschwundenen Menschen und seine Familie zu schützen, sowie Maßnahmen zur Entschädigung. 2015 hat die Generalstaatsanwaltschaft eine Unterabteilung für Fälle von verschwundenen Personen gebildet; aber bisher hat man noch nicht die nötigen Mittel bereitgestellt, um die Effektivität zu gewährleisten, damit die Beamten regelmäßig Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen.

## Die wichtigsten Empfehlungen

- Einordnung des gewaltsamen Verschwindens und des Verschwindenlassens durch nichtstaatliche Akteure als eigenständige Delikte im Allgemeinen Gesetz zum Verschwinden, in Übereinstimmung mit den höchsten internationalen Standards. Damit soll garantiert werden, dass alle Anzeigen wegen Verschwindens gründlich untersucht werden, unabhängig davon, wer der vermeintliche Urheber ist und dass das Delikt des gewaltsamen Verschwindens untersucht und bestraft wird, wenn es Indizien für die Beteiligung von Staatsbediensteten gibt, einschließlich der Fälle, bei denen es sich um ihre Autorisierung, Unterstützung oder Zustimmung handelt.
- Anerkennung der Pflicht, offiziell und unverzüglich mit der Suche von als verschwunden gemeldeten Personen zu beginnen. Dies sollte nach einem festgelegten Verfahren erfolgen, das die Befragung von Experten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Familien der verschwundenen Personen mit einschließt. Es sollten Arbeitsmethoden entwickelt werden, um so früh wie möglich innerhalb der ersten 72 Stunden nach dem Verschwinden zu reagieren. Die Suche sollte weitergehen, bis das Schicksal oder der Aufenthaltsort des Opfers vollständig aufgeklärt ist.
- Alle Fälle von Verschwinden und gewaltsamem Verschwinden von Personen im Land müssen zügig, gründlich und unparteiisch untersucht werden. Die Verantwortlichen müssen ggf. vor Gericht gestellt und einem ordentlichen Verfahren unterzogen werden.
- Die Angehörigen der verschwundenen Personen müssen anerkannt und an den Untersuchungen beteiligt werden. Man muss für sie aktuelle und wahrheitsgemäße Informationen bereitstellen und zulassen, dass sie selbst Informationen beisteuern, Ermittlungslinien vorschlagen und Beweise fordern. Die Behörden dürfen die Last der Untersuchung des Falles nicht auf die Familien abwälzen.

- Bezüglich der Vermisstenanzeige und der Rechte von verschwundenen Personen sollten detaillierte Rechtsvorschriften erlassen werden, die den Schutz der Rechtsstellung und weiterer Rechte der verschwundenen Person sowie deren Eigentumsrechte und die der Familie klar definieren. Mit Erstattung der Anzeige sollten alle Verpflichtungen zu Lasten der verschwundenen Person ausgesetzt werden, einschließlich der Erhebung von Zinsen auf Schulden jedweder Art. Das Gesetz sollte gewährleisten, dass der Prozess und alle Formalitäten, die damit in Verbindung stehen, einfach, zugänglich und kostenfrei sind.
- Eine vollständige Entschädigung der Opfer muss gewährleistet sein. Dabei sollte der Einzelfall jedes Opfers berücksichtigt werden. Dies schließt Maßnahmen zur Wiederherstellung, Rehabilitation, Abfindung, Nicht-Wiederholung, das Recht auf die Wahrheit und auf die historische Erinnerung ein. Eine Entschädigung sollte unabhängig davon erfolgen, ob ein Strafprozess gegen die Verursacher in Gang gesetzt wird.

## 2. Methodik und Danksagung

Amnesty International dokumentiert in diesem Bericht zwei beispielhafte Fälle von Verschwinden in Mexiko. Die im Detail beschriebenen Fälle sind erstens das Verschwindenlassen von 43 Studenten der Landlehrer-Hochschule in Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero und zweitens die Krise des Verschwindens in Ciudad Cuauhtémoc im Bundesstaat Chihuahua. Diese Sachverhalte, die nur einen Bruchteil der mehr als 27.000 Fälle im ganzen Land ausmachen, wurden deshalb ausgewählt, weil an ihnen deutlich wird, was sich in Mexiko ereignet und wie die Reaktionen des Staates auf diese schweren Menschenrechtsverletzungen sind.

Die Darstellung der Situation in Ciudad Cuauhtémoc basiert auf Interviews mit Wissenschaftlern, Menschenrechtsverteidigern und Verwandten von 22 Menschen, die zwischen 2009 und 2014 verschwunden sind. Die Schilderung des Falls des Verschwindenlassens von 43 Studenten aus Ayotzinapa basiert auf den Befunden der *Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten* (GIEI) und Berichten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche die Familien der Verschwundenen vertreten. Darüber hinaus hat Amnesty International Verwandte der verschwundenen Studenten, deren Rechtsbeistand sowie andere Studenten interviewt, die weitere Informationen bezüglich des Falls beigesteuert haben.

Über beide Fälle hat Amnesty International ins Detail gehende Informationen von mexikanischen Behörden angefordert, darunter auch von den Regierungen der Bundesstaaten von Guerrero und Chihuahua. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lagen jedoch keine Antworten vor. Im Fall der 43 Studenten war Amnesty bereits wenige Stunden nach den Vorfällen vom 26. und 27. September 2014 mit den mexikanischen Behörden in ständigem Kontakt gewesen. Während der Planung und Durchführung der Recherchen für diesen Bericht stand Amnesty auch mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Opfergruppen und Menschenrechtsverteidigern im Kontakt.

Amnesty International möchte hiermit den Angehörigen der Opfer, den Studenten, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den mexikanischen Behörden und allen anderen, die Informationen und Unterlagen für diesen Bericht zur Verfügung gestellt haben, Dank sagen.

### 3. Die Krise des Verschwindens von Menschen in Mexiko

Das Phänomen des Verschwindens von Personen einschließlich des gewaltsamen Verschwindenlassens bleibt in Mexiko weiterhin besonders besorgniserregend. Bis heute ist ein bedeutender Strukturwandel nicht gelungen, der es erlaubt, gesicherten Zugang zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für den verursachten Schaden bei diesen Fällen zu erlangen, als auch den Misshandlungen ein Ende zu bereiten und das Ausbleiben einer Wiederholung zu garantieren. In den vergangenen Jahren ist es den Bemühungen verschiedener Gruppen – insbesondere den Angehörigen von Opfern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und internationalen Gremien zu verdanken, dass diese Inhalte in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerieten. Daraufhin hat der Staat einige Maßnahmen unternommen, aber diese sind unzureichend und lieferten bisher keine konkreten Ergebnisse. So geschahen 46,5% aller berichteten Fälle unter der Administration des derzeitigen Präsidenten, 3.425 von ihnen allein 2015.

Verschwindenlassen ist laut internationalem Recht eines der schwerwiegendsten Menschenrechtsverbrechen. Das Internationale Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden (im Folgenden Internationales Übereinkommen), welches Mexiko 2008 ratifiziert hat, definiert dieses Verbrechen wie folgt: „Festnahme, Verhaftung, Entführung oder jede andere Form von Freiheitsberaubung, sei es durch Staatsbedienstete oder Personen bzw. Gruppen, die mit Genehmigung, Unterstützung oder Einwilligung des Staates handeln, gefolgt von Ablehnung der Anerkennung der Freiheitsberaubung sowie der Verschleierung des Schicksals oder des Aufenthaltsortes der verschwundenen Person unter Umgehung bestehender Gesetze“.

In Artikel 3 legt das Internationale Übereinkommen fest, dass die Vertragsstaaten diese Straftaten untersuchen müssen, selbst wenn solche von nichtstaatlichen Akteuren ohne Beteiligung von Staatsbediensteten verübt werden, und dass die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen sind.

In diesem Bericht wird der Begriff „Verschwindenlassen“ in den Fällen benutzt, für die genügend Beweise vorliegen, die vermuten lassen, dass Staatsbedienstete beteiligt waren. Die Bezeichnung „Verschwinden“ wird verwendet, wenn keine eindeutigen Belege für eine Beteiligung seitens des Staates vorliegen und die Beweislage auf die Verübung dieser Straftat von Privatpersonen hindeutet. Der Ausdruck „Verschwinden“ in diesem Bericht sollte aber nicht als eine Aussage seitens Amnesty International für eine Nichtbeteiligung des Staates gewertet werden. Zukünftige weitere Erkenntnisse könnten mehr Licht in diese Fälle bringen.

Wie in Artikel 24 des Internationalen Übereinkommens beschrieben, ist „jedes Individuum, das aufgrund von Verschwindenlassen Schaden erlitten hat, als ein Opfer zu betrachten. Die verschwundenen Personen leiden unter der Verletzung ihrer persönlichen Freiheit, menschenwürdiger Behandlung, des Rechts auf Leben und der Anerkennung

ihrer Rechtspersönlichkeit<sup>2</sup>. Die Angehörigen von Verschwundenen sind ebenfalls Opfer; dabei fügen ihnen Staatsbedienstete – wie weiter unten beschrieben wird – weitere Menschenrechtsverletzungen zu.

Seit 2006 haben zivilgesellschaftliche Organisationen einen alarmierenden Anstieg der Zahl von Verschwundenen festgestellt. Die erste Welle von Verschwundenen war wesentlich stärker im Norden Mexikos zu finden, aber im Laufe der Zeit häuften sich die Fälle im ganzen Land. Laut offiziellen Angaben des bisherigen Nationalen Registers für vermisste oder verschwundene Personen gibt es mindestens 27.600 Menschen, für die von staatlicher Seite die Bezeichnung „Aufenthaltort unbekannt“ verwendet wird.<sup>3</sup>

Diese Zahlen sollten differenziert betrachtet werden, da sie nichts darüber aussagen, wie viele dieser Menschen Opfer unbestimmter gewalttätiger Gruppen wurden, wie viele mit Einverständnis der Regierung gewaltsam verschwanden und wie viele in eigener Verantwortung ihren Wohnort wechselten. Andererseits werden die meisten Verbrechen in Mexiko nicht angezeigt<sup>4</sup>, was bedeutet, dass es schwierig ist, den Umfang des Problems zu beurteilen, und die offiziellen Zahlen mögen die gravierende Situation unterbewerten. Nichts destotrotz sollte die Zahl von Tausenden Opfern ernsthaftere Reaktionen seitens des Staates auslösen.

## **Die nahezu vollständige Straflosigkeit ist den Tätern dieser Delikte garantiert und bildet einen starken Anreiz zu weiteren Verbrechen.**

Selbst wenn eine Strafanzeige bei den Behörden eingereicht wird, werden die Fälle selten aufgeklärt und die Verantwortlichen fast nie zur Rechenschaft gezogen. Die nahezu vollständige Straflosigkeit ist den Tätern dieser Delikte ein starker Anreiz zu weiteren Verbrechen. Bessere rechtliche und technische Möglichkeiten, zum Beispiel entsprechende Untersuchungsprotokolle, schnelle Suchmechanismen und entsprechende wissenschaftliche Aufarbeitung sind erforderlich, um die Straflosigkeit zu beenden. Jedoch wird dieses nur geschehen, wenn der politische Wille vorhanden ist die Sache anzugehen.

Die mexikanische Regierung hat Reformen zur Lösung des Problems angekündigt. Bis heute hat die Verwaltung aber keine grundlegenden technischen Schritte vorangetrieben, wie zum Beispiel ein genaues Register aller Verschwundenen, welches für die Ermittlungen und die Gestaltung einer öffentlichen Politik unerlässlich ist. Es fehlt auch ein zentrales Gefangenenregister, das der Ortung verschwundener Personen dienen und vor eventuellen weiterem Verschwindenlassen schützen könnte.

---

<sup>2</sup> Corte IDH: Caso Radilla Pacheco vs. México. Excepciones Preliminares, Fondo, Reparaciones y Costos. Sentencia de 23 de Noviembre de 2009. Serie C No. 209, párrs. 152 a 157.

<sup>3</sup> Gemäß der registrierten Anzeigen gelten 27.638 Personen als verschwunden. Diese Zahl umfasst 20.203 Männer (73,1%) und 7.435 Frauen (26,9%) Executives Sekretariat des öffentlichen nationalen Sicherheitssystems. (Registro Nacional de Datos de Personas Extraviadas o Desaparecidas) zugänglich unter: <http://secretariadoejecutivo.gob.mx/rnped/consulta publica.php>, abgerufen am 05.01.2015).

<sup>4</sup> Die Dunkelziffer betrug in Mexiko 2014 92,8% und 2013 93,8% (INEGI: Encuesta nacional de victimización y percepción sobre seguridad pública. Boletín de prensa/boletín/2015-ENVIPE- 2015, S.2 ([http://www.inegi.org.mx/saladeprensa/boletín/2015/especiales20152015\\_09\\_7.pdf](http://www.inegi.org.mx/saladeprensa/boletín/2015/especiales20152015_09_7.pdf), abgerufen am 17.11.2015).

Eine der erforderlichen Maßnahmen zur Überwindung dieser Mängel ist ein allgemeines Gesetz (d.h. gültig auf Bundes- und Bundesstaatsebene), das an internationalen Standards ausgerichtet ist und sowohl eine Begriffsklärung des Verbrechens enthält als auch den Rahmen für das Strafmaß festsetzt. Ein solches Gesetz muss die Bestimmungen für die Untersuchung dieser Verbrechen, ihrer Verhinderung und der Entschädigung enthalten und die Leitlinien zur Entwicklung öffentlicher Politik in dieser Frage darstellen, zuzüglich aller Aufgaben, die ein Verhindern des Verschwindenlassens fördern.

Am 10.12.2015 hat der mexikanische Präsident dem Kongress einen Gesetzentwurf vorgelegt. Schon im Vorwege hatte Amnesty International der mexikanischen Regierung seine Besorgnisse über den vom Innenministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf mitgeteilt. Einige unserer Vorschläge wurden in der dem Kongress übermittelten Vorlage übernommen. Der hier vorliegende Bericht analysiert die Gesamtlage und führt zwei beispielhafte Fälle an. Amnesty International möchte damit der mexikanischen Regierung Anregungen für konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Krise geben.



## 4. Verschwinden in Cuauhtémoc, Chihuahua

**„Man behandelte uns mit Gleichgültigkeit, als wären wir nur ein weiteres Stück Papier. Denn genau das sind für sie verschwundene Menschen: ein weiteres Stück Papier, nur eine weitere Aktennotiz.“**

(Martha Arana, die Mutter von Alfredo Quezada Arana, der am 23. Februar 2010 verschwand)

### Hintergrund

Seit 2007 sind Hunderte von Menschen in Cuauhtémoc, Chihuahua, verschwunden. Offizielle Nachforschungen in diesen Fällen waren ineffizient und wenig sorgfältig, und in fast allen Fällen sind die Opfer nach wie vor verschwunden. Einige wenige wurden tot aufgefunden, kaum jemand ist nach Hause zurückgekehrt. Offiziellen Angaben zufolge werden derzeit 1.698 Menschen in Chihuahua vermisst.<sup>5</sup> Allein in der Gemeinde Cuauhtémoc zählen die Behörden 351 Verschwundene.

Cuauhtémoc liegt im Westen des nordmexikanischen Bundesstaats Chihuahua. Es ist eine von 67 Gemeinden in diesem Bundesstaat. Das Zentrum dieser Gemeinde, Ciudad Cuauhtémoc, ist eine Kleinstadt mit 114.000 Einwohnern.<sup>6</sup> Es ist ein wirtschaftlich wichtiges Zentrum des Bundesstaats Chihuahua, bedeutsam vor allem durch den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Vieh.

Cuauhtémoc ist nicht nur wirtschaftlich bedeutsam. Die Gemeinde liegt zwischen weiten Wüstenebenen einerseits und dem unzugänglichen Gebirgszug der Sierra Madre Occidental andererseits. Diese besondere geographische Lage macht Cuauhtémoc zu einem wichtigen Knotenpunkt auf den Drogenschmuggelrouten zwischen dem Nordwesten Mexikos und dem Süden der USA. Dies ist eine der Hauptursachen der Gewalt.

Schon lange betrachtet Amnesty International die konstant hohen Zahlen von Verschwundenen mit Sorge. Für diesen Bericht hat Amnesty International die Familien von insgesamt 38 Menschen befragt, die zwischen 2009 und 2014 bei 22 Vorfällen verschwunden sind.

---

<sup>5</sup> Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública, Registro Nacional de Datos de Personas, <http://secretariadoejecutivo.gob.mx/rnped/consulta-publica.php> (gesehen am 5. Januar 2016)

<sup>6</sup> Nacionales Institut für Statistik und Geographie (Mexiko), Zensus 2010, die wichtigsten Ergebnisse nach Orten geordnet: [http://www.inegi.org.mx/sistemas/consulta\\_resultados/iter2010.aspx](http://www.inegi.org.mx/sistemas/consulta_resultados/iter2010.aspx), [http://www.inegi.org.mx/sistemas/consulta\\_resultados/iter2010.aspx](http://www.inegi.org.mx/sistemas/consulta_resultados/iter2010.aspx) (gesehen am 21. Oktober 2015)

## Das Verschwinden von Eudor Osiris Jauregui Pérez



Eudor Osiris verschwand am 20. November 2013. An jenem Tag besuchte er mit einigen Freunden (insgesamt zwei Männer und mehrere Frauen) die Eröffnung einer Diskothek in San Juanito, einem kleinen Ort in der Gemeinde Cuauhtémoc. Als sie dort ankamen, kam es zu einem Streit mit einigen Leuten auf dem Parkplatz der Diskothek. Sie beschlossen wieder zu gehen, doch die Leute, mit denen sie in Streit geraten waren, folgten ihnen. Sie fuhren nach Ciudad Guerrero, wo sie von unbekannten Bewaffneten, die den Vorfall in San Juanito erwähnten, festgehalten wurden. Eudor Osiris und sein Freund wurden geschlagen und gefesselt. Die Angreifer brachten die Gruppe nach Santo Tomás, wo sie Eudor Osiris und seinen Freund vom Rest der Gruppe trennten. Die beiden Männer wurden hinter eine Kirche geführt, Schüsse waren zu vernehmen. Dann forderten die Angreifer eine Poli-

zeistreife aus Ciudad Guerrero auf, die Frauen aus der Gruppe zurück nach San Juanito zu bringen und warnten die Frauen, nicht über die Ereignisse zu sprechen.

Die Familie von Eudor Osiris und ihr Rechtsbeistand berichteten Amnesty International, dass die Behörden keine ernsthaften Versuche unternommen haben die beiden jungen Männer zu finden. So wurde etwa an den Plätzen, die die Zeugen beschrieben, nicht nach Beweisen gesucht. Auch versuchte die Polizei nicht die Angreifer zu identifizieren.

## Anzeigenerstattung in einer Atmosphäre der Angst

In den meisten der Fälle, die Amnesty International untersucht hat, haben sich die Familien der Verschwundenen sehr schnell – meist nach wenigen Stunden – an die Behörden gewandt, um anzuzeigen, was geschehen war, und um eine Suche nach ihren Angehörigen zu fordern. Allerdings hat Amnesty International mehrere Fälle dokumentiert, in denen Angestellte der Staatsanwaltschaft Chihuahuas den Familien mitteilten, dass sie 72 Stunden zu warten hätten, bevor ihre Anzeige aufgenommen werden könnte, obwohl dieses Vorgehen vom Gesetz so keineswegs vorgeschrieben ist. In einem Fall musste eine verzweifelte Familie am nächsten Tag wiederkommen, weil es – so die Beamten – schon zu spät sei, um noch eine Anzeige aufzunehmen.

Einige Familien in Cuauhtémoc haben Angst, Fälle von Verschwinden anzuzeigen. Dies ist die Folge der weiten Verbreitung des organisierten Verbrechens in der Gegend, sowie der Überzeugung in der Bevölkerung, dass die Beamten des Staates mit den kriminellen Banden gemeinsame Sache machen.

Diese Angst ist auch bei den Behörden spürbar. Die Familie eines Verschwundenen berichtete, dass ein Beamter der Staatsanwaltschaft ihr einen Gehaltsscheck zeigte und sagte: „Für diese Summe werde ich mein Leben nicht riskieren.“ In einem ähnlichen Fall sollen Beamte der Staatsanwaltschaft Chihuahuas sich mit den Worten „Wir haben Angst. Da können wir nicht hingehen.“ geweigert haben eine Untersuchung in einem bestimmten Teil des Staates durchzuführen.

In vielen Fällen vermuten die Familien und ihre Rechtsbeistände allerdings, dass es eher die Zusammenarbeit von Beamten und kriminellen Banden ist, die Nachforschungen im Wege steht, als Angst.

Die Mehrheit der für diesen Bericht befragten Familien sind als Vergeltung für ihren Ruf nach Gerechtigkeit nicht direkt angegriffen worden, doch wurden mehrere belästigt, schikaniert oder bedroht. An erster Stelle stehen Drohanrufe, gefolgt von unbekannten Leuten und Beamten, die drängen, die Suche nach den Verschwundenen einzustellen. Eine Frau, die nach ihren Verwandten suchte, wurde gegen ihren Willen für mehrere Stunden von Bewaffneten festgehalten, die sie aufforderten die Suche aufzugeben.

**Die beiden Frauen Artemisa Ibarra und Martha Loya waren in Cuauhtémoc auf der Suche nach ihren verschwundenen Verwandten und verschwanden in den Jahren 2011 und 2013 letztendlich selbst. Die Umstände ihres Verschwindens legen den Schluss nahe, dass ihr Verschwinden direkt mit ihrer Suche nach ihren Lieben zu tun hat. Schicksal und Aufenthaltsort der beiden Frauen sind nach wie vor unbekannt.**

## Die Suche nach den Opfern und die Nachforschungen

Das Recht auf Wahrheit ist ein grundlegender Bestandteil von Gerechtigkeit. Die Wahrheit ist gleichzeitig eine Art von Entschädigung für die Angehörigen und eine Möglichkeit für die Gesellschaft als Ganzes, solche Taten in Zukunft zu verhindern.<sup>7</sup> Also müssen Untersuchungen effektiv und sorgfältig und unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Mittel, wie etwa logistischer Ressourcen, des Zugangs zu Informationen und wissenschaftlicher Beweissicherung, durchgeführt werden.

## Das Verschwinden von Luis Carlos Hernández Sánchez



**„Mir wurde klar, dass Hunderte von Menschen verschwunden waren und nichts unternommen wurde.“**

Leticia Sánchez Villalobos, die Mutter von Luis Carlos

Luis Carlos Hernández Sánchez lebte mit seiner Familie in Ciudad Cuauhtémoc und war 18 Jahre alt, als er verschwand. Am 22. Mai 2010 waren Luis Carlos und mehrere seiner Freunde in den Straßen seines Viertels unterwegs, als mehrere Vans mit bewaffneten Männern erschienen. Die Männer waren offensichtlich auf der Suche nach einem Jungen, der nicht dort war. Was auch immer der tatsächliche Grund ihres Auftauchens in dem Viertel gewesen sein mag – sie nahmen Luis Carlos und sieben weitere mit. Angesichts der Untätigkeit der Behörden begann seine Mutter öffentlich Gerechtigkeit zu fordern. Nach und nach wurden die Leichen der anderen jungen Männer entdeckt, doch nicht die ihres Sohnes. Sie glaubt, dass dies eine grausame Form der Vergeltung für ihre öffentlichen Forderungen sein könnte. Monate später verschwand ein weiterer junger Mann, der mit seiner Mutter auf dem Weg zur Beerdigung seines Bruders war. Der Bruder war eines jener ursprünglichen acht Opfer gewesen, deren Leichnam identifiziert werden konnte.

Sobald Beamte davon Kenntnis erhalten, dass jemand verschwunden sein könnte, sollte eine Suche eingeleitet werden. Die ersten 72 Stunden nach dem Verschwinden eines Menschen sind entscheidend, wenn die Rechte des Opfers gewahrt werden sollen.<sup>8</sup> In

<sup>7</sup> Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, der Fall von Gómez Palomino gegen Peru, Verdienste, Entschädigungen und Kosten, Urteil vom 22. November 2005, Serie C, Nummer 136, §78

<sup>8</sup> Arbeitsgruppe über gewaltsamem und unfreiwilliges Verschwindenlassen, Reise nach Mexiko, 20. Dezember 2011 (A/hRC/19/58/Add.2), §47. Interdisziplinäre Gruppe Unabhängiger Experten (Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes, GIEI), Report on Ayotzinapa: killings and initial con-

allen Fällen, die für den vorliegenden Bericht analysiert wurden, unterließ es das Büro der Staatsanwaltschaft des Bundestaates allerdings, eine solche unmittelbare und wirk-same Suche nach den Verschwundenen einzuleiten.

In den meisten Fällen haben die Behörden lediglich eine Anzeige aufgenommen. Ange-ordnete Untersuchungen wurden nicht oder nur in Ansätzen durchgeführt. Andere Be-amte wurden angeschrieben und gefragt, ob ihnen Informationen über das Opfer vorlä-gen. Letztlich wird nur so getan, als würde eine Untersuchung durchgeführt – ein sol-ches Unternehmen ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dies stellt einen Bruch der internationalen Verpflichtungen des Staates dar, Menschenrechtsverletzungen wirk-sam zu untersuchen und aufzuklären.<sup>9</sup>

Häufig versäumen es die Behörden, die Telefon- und Bankdaten von Opfern oder Ver-dächtigen zu überprüfen, zu versuchen Mobiltelefone zu orten oder die Aufzeichnungen von Überwachungskameras aus dem Gebiet, in dem ein Mensch verschwand, auszuwer-ten. Häufig sind solche Informationen, wenn sie denn endlich angefordert werden, gar nicht mehr erhältlich.

In wenigstens einem Fall, den das Frauenrechtszentrum CEDEHM (Centro de Derechos Humanos de las Mujeres, A.C.) hervorhebt, haben untersuchende Beamte offensichtlich Videobilder, die Beweismaterial enthielten, manipuliert. Der involvierte Beamte muss sich derzeit wegen unrechtmäßiger Ausübung öffentlicher Pflichten vor Gericht verant-worten. Allerdings haben die Behörden in Chihuahua es zurückgewiesen, ihn für die Dauer des Verfahrens in Untersuchungshaft zu nehmen. Die Gründe seines Handelns müssen untersucht werden. Auch muss geklärt werden, ob er mit den Tätern gemein-same Sache gemacht hat, um so letztlich alle Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen, und um sicherzustellen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um solche Ereig-nisse in Zukunft zu verhindern.

Angesichts dieses Mangels an Sorgfalt haben Familien die Suche nach verschwundenen Angehörigen in die eigenen Hände genommen. Mehrfach haben Verwandte das getan, was die Behörden zu tun versäumt haben. Unter Verwendung ihrer eigenen Ressourcen haben sie Informationen beschafft, die für eine Untersuchung nützlich sein können. Eine Mutter äußerte gegenüber Amnesty International: „In der Akte des Falls meiner Tochter befindet sich das, was ich übergeben habe, nichts sonst.“ Dies scheint bei den meisten Untersuchungen der Fall zu sein.

Für Familien kann es ein ernsthaftes Risiko sein, ihre Lieben zu suchen. Auch sind die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen begrenzt und abhängig von den Möglichkei-ten der Familie. Die Familien, die über mehr Geld und bessere Kontakte verfügen, kön-nen private Nachforschungen in Gang setzen und am Laufen halten. Familien mit we-niger Geld und weniger Kontakten können dies nicht.

---

clusions of the disappearances and homicides of the normalistas from Ayotzinapa, September 2015, p 223.

<sup>9</sup> Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass der Staat die juristi-sche Pflicht hat Untersuchungen durchzuführen, und dass diese Untersuchungen keine bloße Forma-lität sein dürfen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist oder der Wahrung bestimmter Interes-sen dient. Auch sollte eine Untersuchung nicht davon abhängen, ob die Opfer oder deren Familien diesen Prozess in die Wege leiten oder privat Beweise vorlegen. Der Fall von Radilla Pacheco gegen Mexiko, §233.

Normalerweise wird eine Akte umfangreicher, wenn eine Familie Informationen beisteuert, doch werden diese Informationen von den Behörden selten sorgfältig gesichtet, um der Untersuchung möglicherweise eine neue Richtung geben zu können.

## Das Verschwinden von José Rosario Hernández



Am 23. Oktober 2011 verließ José Rosario Hernández nachmittags sein Zuhause, um seine Schwester zu besuchen. Er war gemeinsam mit zwei Freunden in seinem Auto unterwegs. Als sie durch Ciudad Cuauhtémoc fuhren, wurden sie von einer Streife der Polizei der Gemeinde und einer Einheit der Autobahnpolizei angehalten. Der Beamte der Autobahnpolizei verhaftete José Rosario. Seitdem hat seine Familie ihn nicht mehr gesehen. Am Tag seines Verschwindens und den folgenden Tagen gaben die Behörden seiner Familie keinerlei Auskunft. Beamte von Gemeinde- und Autobahnpolizei leugneten sogar, dass er verhaftet worden war,

obwohl das Auto von José Rosario auf Anordnung der Behörden abgeschleppt worden war, und obwohl es Zeugen für die Verhaftung gab.

Die Familie war in der Lage den Beamten, der José Rosario verhaftet hatte, zu identifizieren und auf Auskunft zu drängen, doch er verweigerte jede Aussage. Schließlich wurde der Beamte, der direkt an der Verhaftung beteiligt gewesen war, dank der Bemühungen der Familie und ihres Rechtsbeistands verhaftet. Die Gerichtsverhandlung ist für Januar 2016 angesetzt. Allerdings war die Untersuchung wenig gründlich, und Informationen, die zum Aufenthaltsort von José Rosario führen könnten, wurden nicht verfolgt oder gar nicht erst gefunden.

**Die Wahrscheinlichkeit, dass die Verbrechen an den Opfern aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, ist durch eine Kombination aus Verzögerungen bei den Registrierungsklagen, unzureichenden Anstrengungen bei der Suche nach den Opfern sowie Vernachlässigungen in den frühen Ermittlungsphasen stark eingeschränkt.**

In Cuauhtémoc und Umgebung wurden die Leichen von mehreren „verschwundenen“ Personen gefunden, darunter auch die neun, nach denen im Zuge der Vorbereitung für diesen Bericht von Amnesty International in drei Fällen recherchiert wurde. Die Identifizierung der Opfer war eher ein Zufallsergebnis, als dass es den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zugeschrieben werden könnte. Leichen werden für gewöhnlich zufällig von Personen entdeckt, die dann die Behörden alarmieren. Bei dem Umstand, dass es keinen klar definierten Plan zur Suche nach Opfern oder zu Ermittlungen zu den Fällen gibt, ist dies nicht überraschend.

**„Lesen Sie die Akte zu dem Fall. Wenn Sie den Fall meines Sohnes nicht kennen, lesen Sie bitte die Akte.“**

Martha Arana Baray, Mutter von Alfredo Quezada Arana, der am 23. Februar 2010 verschwand, spricht zu Beamten über das Verschwinden ihres Sohnes.

Das Büro der Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Chihuahua scheint ungleich stark auf Informationen von den Familien der Opfer angewiesen zu sein. Amnesty International wurde wiederholt berichtet, dass Ermittler die Familien nach allen möglichen Informationen ausfragen, die zu dem jeweiligen Fall erhältlich sind. Informationen wer-

den insbesondere kurze Zeit vor anstehenden Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Familien und den Beamten der Staatsanwaltschaft verstärkt angefordert. Die Beamten haben zwar die Verpflichtung, Anfragen durchzuführen und relevante Informationen zu sammeln; sie sollten die Verantwortung der Suche nach Informationen jedoch nicht den Familien der Opfer auferlegen.

Die Arbeitsbelastung von Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft beeinflusst die Ermittlungen, da die Beamten meist mehr Fälle vorliegen haben, als sie realistischer Weise effizient bearbeiten können. Zusätzlich wechselt die Besetzung der Positionen häufig, so dass Fälle stets neuen Personen ohne Detailkenntnisse zu den jeweiligen Fällen übertragen werden. Dies führt wiederum zu Mängeln und Verspätungen in den Ermittlungen. Eine Mutter, die auf einige sehr grundlegende Fragen zu ihrem Sohn antworten musste, drückte ihre Verzweiflung über einen Beamten des *Ministerio Público* aus: „Lesen Sie die Akte zu dem Fall. Wenn Sie den Fall meines Sohnes nicht kennen, lesen Sie bitte die Akte.“

In vielen Fällen scheint es kein Interesse seitens der Behörden zu geben, die Ermittlungen nach mutmaßlichen Tätern zu verfolgen. Stattdessen werden Informationen über das Privatleben der Opfer eingeholt. Dies führt in manchen Fällen zur Kriminalisierung der Opfer selbst, indem ihnen Verbindungen mit dem organisierten Verbrechen unterstellt werden. Und dies wiederum hat eine ungerechte Behandlung der Verwandten zur Folge. Während es einerseits stimmt, dass Kenntnisse über das Opfer und seine engeren Verwandten und Freunde relevant für die Nachforschungen sind, sollte der Aufwand in dieser Hinsicht nicht zu groß sein. Verglichen mit einem ernsthaften Ermittlungsversuch, trägt eine solche Herangehensweise relativ wenig zur Aufklärung des Falles und zum Auffinden des Opfers bei. Stattdessen scheint eine Strategie der Schuldzuweisung an die Opfer vorzuliegen, um die Verpflichtung der Behörden nach Untersuchung der Fakten zu umgehen.

Die Behandlung der Familien durch die Behörden, die für die Ermittlungsverfahren zuständig sind, ist gänzlich unangebracht. Generell haben Familien das Gefühl, dass die Behörden keinerlei Interesse an ihren Fällen zeigen. Eine Mutter fasst deren Einstellung zusammen: „Wir wurden nur mit Unwillen behandelt. Sie behandelten uns, als ob wir nur ein weiteres Stück Papier wären. Denn das sind für sie verschwundene Personen: Ein weiteres Stück Papier, das archiviert wird.“

Zugang zu den Akten ist wichtig für die Familien, die nach ihren Angehörigen suchen. Es bietet eine Verbindung zur verschwundenen Person und vereint die Ergebnisse der Suche und der Sicherstellung von Gerechtigkeit. Trotzdem wurde vielen Familien kein Zugang zu den Akten gewährt, bis Organisationen der Zivilgesellschaft wie CEDEHM involviert wurden.

Selbst wenn die Familien Zugang zu den Akten bekommen, finden sie nicht immer das, was sie erwartet hatten. Vielfach enthalten die Akten keine relevanten Informationen, die über das hinausgehen, was die Familien selbst oder ihre Vertreter bereitgestellt hatten, oder wichtige Informationen fehlen ganz. In anderen Fällen sind die Akten gefüllt mit generellen Formalia wie dem Ermittlungsauftrag selbst, ohne dass ein konkretes Ergebnis erfasst wäre. Manchmal werden auch allgemeine Informationen einbezogen, die keinen direkten Bezug zum Fall haben, wie z.B. Berichte zur Suche in bestimmten

Gegenden oder das Finden von menschlichen Überresten ohne direkten Bezug zum vorliegenden Fall. Ein befragtes Familienmitglied beschreibt die Akten als „einen großen Stapel von nutzlosem Papier“.

## BRENDA KARINA RAMÍREZ GONZÁLEZ

**„Nein, wir wollen nicht mehr wissen, was passiert ist. Wir wollen nur wissen, wo sie ist.“**

**Gloria Alicia Ramírez González, Mutter von Brenda Karina**



Die 22-jährige Brenda Karina Ramírez González war in dem Haus ihrer Verwandten in Ciudad Cuauhtémoc, als jemand kam und nach ihr fragte. Als sie nach draußen ging, um nachzusehen wer es war, wurde sie von mehreren Männern gepackt und in einem Kleinaster weggefahren. Ihre Familie hat keinerlei Hinweise auf ihr Schicksal und die Behörden haben es nicht geschafft, effektive Ermittlungen einzuleiten. Zur Zeit ihres Verschwindens war die Tochter von Brenda fünf Jahre alt. Brendas Mutter ist erst während des Prozesses das Sorgerecht für das Kind dauerhaft übertragen bekommen.

Größer noch als die Folgen durch verlorene Arbeitstage und gesunkenem Haushaltseinkommen durch die Suche nach Brenda sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Familie. Der Mangel an finanziellen Ressourcen bedeutet, dass Brendas Geschwister ihr Studium nicht fortsetzen konnten. Ihre Schwester beispielsweise bekam eine Stelle an einer Krankenpflegerschule, aber die Familie konnte den monatlichen Beitrag von 65 USD nicht tragen. Brendas Tochter ist in der Grundschule, aber es ist unklar, ob die Familie ihren Schulbesuch auch weiterhin fördern kann.

## DURCH VERSCHWINDEN AUSGELÖSTES LEID

### DAS RECHT AUF MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG

Das spurlose Verschwinden eines Menschen hinterlässt sowohl die engen Familienmitglieder als auch entferntere Verwandte, die in die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit eingebunden sind, in einem Zustand von grundlegender Unsicherheit. Dies unterminiert ernsthaft das Recht auf menschliche Behandlung und bedeutet eine Verletzung des Rechtes, kein Opfer von Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung zu werden. Scheitern die Autoritäten in ihrer Handlungsfähigkeit oder behindern sie die Lösungsanstrengungen zu einem Fall, erhöht dies das Leiden der Familien und damit die Wahrscheinlichkeit, dass die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte stellte fest: „Die Verletzung des Rechts auf psychologische und moralische Integrität der nächsten Angehörigen des Opfers ist eine direkte Konsequenz des Verschwindenlassens. Die Umstände des Verschwindens verursachen Leiden und Kummer sowie Gefühle der Unsicherheit, Frustration und Hilflosigkeit angesichts der Tatsache, dass die öffentlichen Einrichtungen daran scheitern, die Fakten des Falls zu untersuchen“.<sup>10</sup> Der Einfluss des Verschwindens auf die Verwandten ist so tiefgreifend und so offensichtlich, dass es keinen Grund dafür gibt anzunehmen, dass das Leiden in irgendeiner Weise geringer sei, wenn die Verantwortlichen nicht-staatliche Akteure sind.

<sup>10</sup> Inter-Amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fall von Radilla Pacheco v. Mexico, para. 161. (Inoffizielle Übersetzung aus dem spanischen Original)

## „Ich weiß nicht, ob er lebt oder tot ist, ich weiß gar nichts – ein sehr trauriges Dasein.“

Francisca Esperanza Gutierrez Calderón, Mutter von Manuel Elías Mendoza Gutiérrez, der am 31. März 2014 verschwand.

Zusätzlich zur Verletzung des Rechtes auf menschenwürdige Behandlung hat das Verschwinden andere Auswirkungen auf das Leben von Menschen, die der Staat mit einbeziehen sollte, wenn er die umfassende Wiedergutmachung für die Opfer sicherstellt.

Beispielsweise kommen häufig Zusammenbrüche in der Familie und im sozialen Umfeld im Anschluss an das Verschwinden einer Person vor. In vielen Fällen haben Verwandte, Freunde und Bekannte ihre Beziehung mit den Angehörigen der verschwundenen Person beendet, teilweise wegen des Stigmas, das mit dem Verschwinden assoziiert ist. Solche Einstellungen werden bestärkt durch die anhaltende Atmosphäre der Angst in der Gemeinde und durch die Art, in der die Behörden Opfer kriminalisieren und die Opfer unbegründet beschuldigt werden, selbst Kriminelle zu sein.

Die Isolation beeinflusst das Wohlbefinden der Personen und verringert deren Möglichkeiten, mit anderen zu interagieren, den Fall zu verfolgen und ihre jeweiligen Bedürfnisse zu befriedigen. Es untergräbt zudem ihre Möglichkeiten, sich mit anderen im Streben nach Gerechtigkeit zusammenzutun. Familien überwinden dies häufig, indem sie entweder mit anderen Familien in ähnlichen Situationen zusammenarbeiten oder sich an zivilgesellschaftliche Organisationen wenden.

Manchmal führen akute wirtschaftliche Situationen oder besondere familiäre Umstände – wie die Pflege älterer Angehöriger oder die Verantwortung für kleine Kinder – oder Krankheit dazu, dass Verwandte nicht in der Lage sind, sich an der Suche nach ihren Angehörigen zu beteiligen. Dies kann ein weiterer Leidensgrund sein, da sich die Verwandten schuldig dafür fühlen, nicht genug Zeit für die Suche nach der verschwundenen Person aufwenden zu können.

## ANDERE EINFLÜSSE UND FOLGESCHÄDEN

Verwandte von verschwundenen Personen sind in anderer Art und Weise von Leid betroffen. Fehlt ein ordentliches Verfahren zur Suche nach den Verschwundenen, führt dies direkt zu negativen Folgen bei den Betroffenen und zur Verschärfung bestimmter Situationen. All diese Folgen muss der Staat in die Entwicklung und Umsetzung der öffentlichen Politik einbeziehen, um die Opfer und deren Angehörige zu unterstützen. Insbesondere müssen die folgenden Situationen beachtet und die folgenden Rechte sichergestellt werden:

**Recht auf Bildung:** Die Stigmatisierung von Opfern des Verschwindens wirkt sich auf die Familienmitglieder aus, die Missbrauch und Belästigungen in der Schule erleiden können. Amnesty International erhielt bereits Informationen über Fälle, in denen Kinder teilweise aufgrund solcher Vorfälle die Schule verlassen mussten. In anderen Familien ist es den Kindern nicht möglich, ihre Schulbildung fortzuführen. Die Kosten für Schulgebühren, Schulmaterialien oder Transportkosten können nicht mehr getragen werden. In Chihuahua hat die Landesregierung den Fonds für die Versorgung der Kinder von Opfern des Kampfes gegen die Kriminalität (*Fondo de Atención a Niños y Niñas*

*Hijos de las Víctimas de la Lucha Contra el Crimen*, FANVI) eingerichtet. Dieser Treuhandfond, der 2010 eingerichtet wurde, zielt darauf ab, Kinder, die indirekte Opfer von Verbrechen geworden sind, im Bereich Bildung, Medizinische Versorgung und Ausstattung zu unterstützen. Die Qualität und Quantität der Unterstützung, die durch den Fonds geboten wird, steht jedoch hinter den Ansprüchen zurück. Beispielsweise sind Schuluniformen und Materialien meist schlechter Qualität und werden erst spät im Schuljahr geliefert.

**Recht auf Gesundheit:** Für manche Personen hängt der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung im Mexikanischen Sozialversicherungsinstitut oder anderen öffentlichen Institutionen von der Anstellung des verschwundenen Angehörigen ab. Solche Vorteile gehen verloren, wenn die Person verschwindet, was dazu führt, dass die Familienmitglieder die Kosten der Gesundheitsversorgung selbst tragen müssen. Der Staat bietet Alternativen wie das günstige Gesundheitssystem Seguro Popular. Dies beinhaltet jedoch auch gewisse Beitragszahlungen und übernimmt nicht alle Erkrankungen.

**Recht auf Nahrung:** Die wirtschaftliche Situation der Familien setzt sie dem Risiko aus, ihr Recht auf Nahrung nicht sicherstellen zu können. Familien können Hilfe von FANVI erhalten. Verschiedene Familien haben jedoch berichtet, dass die bereitgestellten Lebensmittel oft nicht ausreichen und in schlechtem Zustand sind und dass sie oft erst Monate später geliefert werden.

**Verschuldung und generelle wirtschaftliche Umstände:** Der Zugang zu den Konten einer verschwundenen Person kann für die Verwandten schwierig werden. Ist die verschwundene Person Eigentümer, sind die Möglichkeiten der Verwandten, die Besitzstände zu nutzen oder zu verkaufen, beispielsweise die Nutzung oder der Verkauf des Autos oder des Hauses, beschränkt. Dies verursacht administrative Probleme, die die Familien in einem Zustand der Unsicherheit belassen. In Fällen, in denen das Haus mit einer Hypothek belastet oder anderweitig verschuldet ist, ist dies besonders besorgniserregend und kann dazu führen, dass die Familien ihr Haus verlieren.

### „Es ist wirklich besorgniserregend – sie tun nichts für uns“.

Graciela Domínguez Terrazas, Mutter von Heber Iván Arias Domínguez, der am 23.09. 2011 verschwand.

Eine der Folgen des Verschwindens ist die Tatsache, dass die Person für gewöhnlich verschiedenerlei Schulden hat, z.B. Bankkredite, Geld- oder Kundenkarten. Für diese Schulden fallen weiterhin Zinsen an, und die Familie kann ihre Kapitalanlagen, die ebenso auf den Namen der verschwundenen Person laufen können, nicht schützen: Die aktuelle Gesetzgebung bietet keine Möglichkeit, dass die Schulden von Opfern eingefroren werden.

Das Verschwinden verursacht ernsthafte materielle Schwierigkeiten. Oft sind die Personen, die verschwinden, die Hauptverdiener in der Familie, so dass deren fehlende Anwesenheit das Leben der Zurückgebliebenen grundlegend verändert. Dies kann bedeuten, dass neue Einkommensquellen gefunden oder neue Jobs angenommen werden müssen, um über die Runden zu kommen. Es kann auch bedeuten, dass die momentane Beschäftigung aufgegeben wird, um nach der verschwundenen Person zu suchen. Manche Familien mussten aus Angst vor Repressalien durch diejenigen, die für das Verschwinden verantwortlich sind, sogar den Wohnort wechseln.

## DAS VERSCHWINDEN VON ALFREDO QUEZADA ARANA

**„Ich dachte, dass die Behörden handeln würden, dass sie ermitteln würden, dass sie mit der Suche beginnen würden.“** (Martha Arena, Alfredos Mutter)



Alfredo Quezada, ein 36-jähriger Landwirt, verschwand in Ciudad Cuauhtémoc am 23. Februar 2010. Er war in der Stadt, um einen Hund abzuholen, der ihm geschenkt wurde. Seine Familie hat seitdem nichts von ihm erfahren. Die Behörden haben nicht nach ihm gesucht, so dass die Familie mit der Unterstützung von Freunden die Suche aufgenommen hat. Sie haben die gesamte Stadt und Umgebung abgesucht, auch Krankenhäuser und Haftanstalten.

Lange Zeit hatte die Familie keinen Zugang zu den Akten. Als sie sie einsehen konnten, erfuhren sie, dass es keinen ernsthaften Versuch gegeben

hatte, den Fall zu untersuchen. Seine Mutter erzählte Amnesty International, dass die Behörden lediglich Unterstützung von anderen Bundesstaaten in der Untersuchung des Falls angefordert hatten. Sie sagte, dass die Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Chihuahua weder Informationen von Sicherheitskameras angefordert hatte, die entlang des Weges angebracht waren, den Alfredo genommen hatte, noch seine Telefonanrufe überprüft oder nach dem Truck gesucht hätten, mit dem er gefahren sei. Alfredo war verschuldet, als er verschwand. Seine Familie konnte einige der Schulden tilgen, geriet jedoch in Schwierigkeiten, da die Schulden und die Kapitalanlagen auf Alfredos Namen liefen und der Familie die Hände gebunden waren.



**“[Die Staatsanwaltschaft] hat zum Leben meines Bruders Ermittlungen angestellt, bevor er verschwand“.**

Carla Portillo, Schwester von Víctor Hugo Portillo Morales, der am 9. Juli 2011 in Ciudad Cuauhtémoc verschwand.



### „Wo sind sie?“ – „Helft uns sie zu finden“

Die Mutter eines Verschwundenen nimmt teil an dem Zweiten Marsch der Nationalen Würde "Mütter auf der Suche nach ihren Söhnen und Töchtern und auf der Suche nach Gerechtigkeit", anlässlich des Muttertages im Mai 2013.

© Amnesty International / Ricardo Ramírez Arriola



### „Uns hält niemand auf, bis wir sie gefunden haben“

Teilnehmer\_innen an einer Demonstration am 25. Oktober 2014 – einen Monat nach den Vorfällen vom 26. September, als 43 Studenten nach einem Angriff durch die Polizei von Iguala verschwanden.

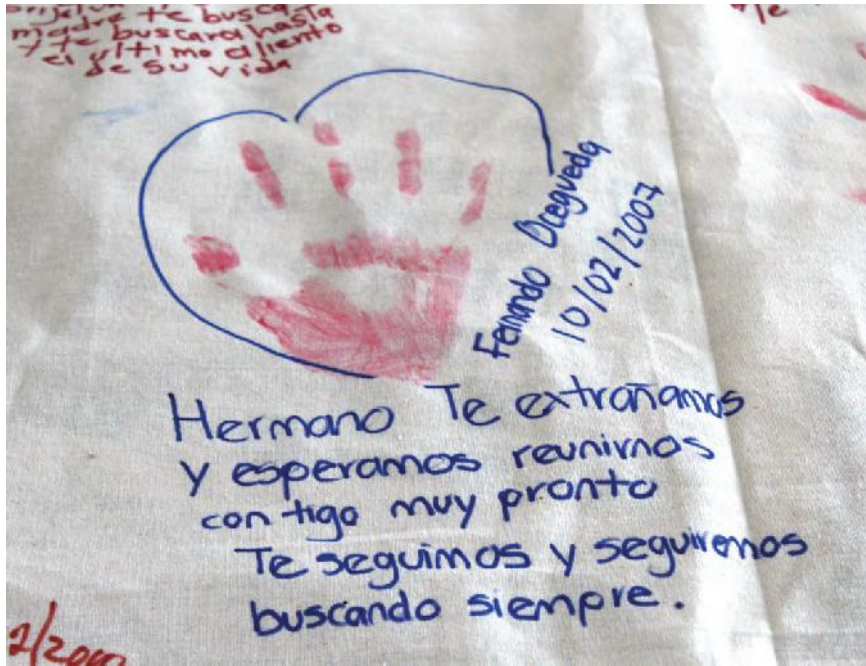


© Amnesty International Mexiko-Stadt / Alonso Garibay



Die Aula der Pädagogischen Hochschule von Ayotzinapa, dem Landlehrerseminar *Raúl Isidro Burgos* im Bundesstaat Guerrero. Mitschüler haben sie in einen Klassenraum verwandelt und warten auf die Rückkehr der am 26. September 2014 verschwundenen Studenten.

© Amnesty Internacional / Sergio Ortiz Borbolla



**“Bruder, wir vermissen dich. Wir hoffen auf deine Rückkehr und werden nicht aufhören, dich auch weiterhin zu suchen“**

Grußbotschaft an Fernando Ocegueda, der 2007 in Tijuana (Bundesstaat Baja California) verschwand. Demonstration gegen das Verschwindenlassen von Menschen in Chihuahua (Nordmexiko), August 2015.

© Amnesty International



Consuelo Prado. Sie sucht ihren Ehemann Mario Lozano Arévalo, der am 1. April 2011 in Ciudad Cuauhtémoc (Bundesstaat Chihuahua) verschwand.

© Amnesty International

## 5. DAS GEWALTSAME VERSCHWINDENLASSEN DER 43 STUDENTEN VON AYOTZINAPA

„Die staatlichen Stellen auf lokaler, bundesstaatlicher und Bundesebene waren nahezu zeitgleich mit den Ereignissen über die kriminellen Geschehnisse informiert.“

Interdisziplinäre Gruppe unabhängiger Experten (GIEI)

### Hintergrund

Die Pädagogische Hochschule *Escuela Rural Raúl Isidro Burgos* wurde 1926 in Tixtla (Guerrero) als Ausbildungsstätte für Grundschullehrer in den ländlichen Regionen gegründet. Wenige Jahre später zog sie auf das Gelände der ehemaligen Hacienda von Ayotzinapa um, eine Ortschaft in der Nähe der heutigen Landeshauptstadt Chilpancingo im Bundesstaat Guerrero im Süden Mexikos – einer der ärmsten Regionen des Landes.<sup>11</sup>

In Mexiko bilden diese ländlichen Bildungsinstitutionen Lehrer aus, die dann in den umliegenden bäuerlichen und indigenen Gemeinden vor allem in der Grundschulbildung tätig sind. Die *escuelas rurales* entstanden in Mexiko im frühen 20. Jahrhundert mit der Intention, die staatliche Entwicklungspolitik zu instrumentalisieren. Der mexikanischen Revolution kam wegen ihrer Versprechen einer radikalen Veränderung der ländlichen Lebensbedingungen große gesellschaftliche Unterstützung zuteil. Unter anderem beinhalteten diese Zugang zu Bildung, der großen Teilen der ländlichen und indigenen Bevölkerung seit Jahrhunderten verwehrt geblieben war. Hieraus resultierten in der direkten postrevolutionären Periode der 1930er Jahre unterschiedliche Formen für Bildungsinstitutionen und Entwicklungskooperativen kamen zusammen, um ländliche Schulen wie die in Ayotzinapa zu kreieren.

Ein wichtiger Teil der Ausbildung ist die Lehrpraxis und Gemeindegarbeit, wie Kampagnen zur Alphabetisierung, Unterstützung bei der Feldarbeit und Hilfe bei Verhandlungen mit Regierungsautoritäten. Dieser soziale Ansatz, der sogar bis in die entlegensten Orte des Territoriums hineinreicht, führte zu einem starken Rückhalt für die Lehrer und hat immer neue Generationen von Studenten in die *escuelas rurales* gebracht. Grundsätzlich erfüllt ein Lehrer in diesen Gemeinden nicht nur seine erzieherischen Pflichten, sondern fungiert zugleich in der Organisation der Gemeinde und als Sprecher/Vermittler gegenüber Autoritäten.

Für die Studierenden gibt es unterschiedliche Motive für den Eintritt in die Lehrerausbildung, wie das Interesse an Bildung, den Wunsch in den marginalisierten Gemeinden zu unterrichten. Außerdem ist der Eintritt in die Schule für viele vor Ort die einzige Möglichkeit, sich wirtschaftlich abzusichern und überhaupt eine Berufsausbildung zu

---

<sup>11</sup> Offiziellen Angaben zufolge lebten im Jahr 2014 65,2% der Bevölkerung von Guerrero in Armut. Siehe: [http://www.coneval.gob.mx/Medicion/MP/Paginas/Pobreza\\_2014.aspx](http://www.coneval.gob.mx/Medicion/MP/Paginas/Pobreza_2014.aspx)

bekommen. So berichtete ein Studierender aus Ayotzinapa: „Die Notwendigkeit bringt dich hierher, um die nächsten Jahre deines Lebens überstehen zu können“.

Im Grunde wurden die Landlehrer-Hochschulen als Institutionen immer weiter geschwächt. Die Zahl der Studienplätze sank von Jahr zu Jahr, die autonome Entscheidungsmacht wurde beschnitten und es wurden immer mehr Hürden in der Bewahrung der Studienmodelle und der Gemeindearbeit errichtet.

Die *Escuela Rural Normal de Ayotzinapa* sah sich mit unterschiedlichen repressiven Eingriffen konfrontiert. Am 12.12.2011 wurden Studierende, die auf der Autobahn zwischen Mexiko Stadt und der Touristenhochburg Acapulco demonstrierten, von Sicherheitskräften attackiert. Die Studierenden wendeten sich mit ihrem Protest gegen die Ernennung eines neuen Schuldirektors, der ihrer Ansicht nach nicht zu dem Profil der Schule passte sowie gegen die Weigerung des Gouverneurs des Bundesstaates, die Studierenden diesbezüglich anzuhören. Als Antwort darauf entsandte die Autorität staatliche und föderale Polizeieinheiten, die ihrer Macht exzessiven Ausdruck verliehen und auf die unbewaffneten Demonstranten schossen. Zwei Studierende erlitten Verletzungen durch Schussfeuerwaffen. Auch ein Angestellter einer nahegelegenen Tankstelle verlor sein Leben, als er versuchte ein Feuer zu löschen, das an seiner Arbeitsstelle ausgebrochen war. Bis heute hat es keine ernstzunehmenden Untersuchungen bezüglich der Brandursache gegeben, und die Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen und niemals vor Gericht gestellt. Während dieser Geschehnisse nahmen die Vertreter des Bundesstaates Guerrero willkürlich Studierende der Demonstration fest und folterten einige von ihnen, um von ihnen ein Schuldbekenntnis zu erpressen und sie für den Tod ihrer Kommilitonen verantwortlich zu machen.<sup>12</sup> In diesem Fall wurde weder den Folteranschuldigungen nachgegangen noch und die anderen Menschenrechtsverletzungen untersucht; es blieb bei der üblichen Straflosigkeit.

## Der Angriff vom 26. und 27. September 2014

Die Beschreibung der Ereignisse vom 26. und 27. September 2014 und der anschließenden Untersuchung des Falles basieren auf dem Bericht *Ayotzinapa: investigación y primeras conclusiones de las desapariciones y homicidios de los normalistas de Ayotzinapa*, der im September 2015 von der Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten (GIEI) veröffentlicht wurde. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) hatte diese Expertengruppe eigens ernannt.

Wie jedes Jahr begaben sich Studierende der *Escuelas Rurales* auf den Weg nach Mexiko-Stadt, um an den Demonstrationen zum Jahrestag des Studentenmassakers vom 2. Oktober 1968 teilzunehmen. Dieses Mal hatten die anderen pädagogischen Hochschulen den Standort Ayotzinapa als allgemeinen Treffpunkt ausgemacht. In Erwartung der Teilnehmer anderer Schulen bereiteten sich die Studenten aus Ayotzinapa auf deren Ankunft vor, denen sie Unterkunft und Mitfahrgelegenheiten bieten wollten. Aus diesem Grund entschieden sie nach Chilpancingo, der Hauptstadt von Guerrero zu fahren,

---

<sup>12</sup> Amnesty International. *Culpables conocidos, víctimas ignoradas: tortura y maltrato en México* (Índice: AMR 41/063/2012) und Amnesty International. *Fuera de control: tortura y otros malos tratos en México* (Índice AMR 41/020/2014). Deutsche Übersetzungen auf der CASA-Homepage.

um dort einige Busse zu organisieren. Nachdem ihnen dies dort nicht gelang, zogen sie weiter nach Iguala.

Die Studierenden reisten in zwei Bussen und entschieden, dass einer an der Straße warten sollte, während der andere sich der Mautstelle näherte. Der ersten Gruppe gelang es einen Bus zu ergattern und sie einigten sich mit dem Fahrer darauf, dass er sie zum Omnibusbahnhof bringen sollte, um dort die anderen Fahrgäste aussteigen zu lassen. In diesem Moment stiegen einige der Studierenden in den Bus ein. Am Omnibusbahnhof angekommen, sperrte der Busfahrer die Türen des Busses ab und die Studierenden somit im Inneren ein, woraufhin diese andere Studierende zur Hilfe riefen. Weitere kamen in den Bussen, in denen sie vorher gefahren waren an und ließen den Bus, in denen der Fahrer die Kommilitonen eingeschlossen hatte zurück und nahmen drei andere. Etwa um 21:20 Uhr verließen fünf Busse den Omnibusbahnhof von Iguala Richtung *Escuela Normal de Ayotzinapa* – sie alle fuhren unterschiedliche Wege.

Die fünf Busse wurden in dieser Nacht an unterschiedlichen Stellen von örtlichen Polizeibeamten angehalten. Mehrere Studierende erlitten Schussverletzungen, der Berichterstattung der unabhängigen Expertenkommission ist zu entnehmen, dass es sich um koordinierte Angriffe handelte und staatliche Beamte sowie weitere nicht identifizierte, möglicherweise im organisierten Verbrechen involvierte Personen beteiligt waren.

Gegen 22:00 Uhr startete ein andauernder Übergriff auf drei der Busse, die nahe dem Stadtzentrum von der Polizei angehalten worden waren. Die örtliche Polizei eröffnete das Feuer auf die Busse, als diese noch in Bewegung und die Studierenden an Bord waren. Als die Studierenden versuchten die Fahrzeuge zu verlassen, um einen Polizeiwagen zu entfernen, der ihnen die Fahrbahn versperrte, setzte sich der Angriff fort. Aldo Gutiérrez, einer der Studierenden, erlitt beim Aussteigen aus dem Bus einen Kopfschuss. Er liegt noch immer im Koma. Andere Studenten wurden ebenfalls verletzt, festgenommen und verschwanden spurlos.

Ein anderer Bus wurde um 22:00 Uhr angehalten, als er sich am Stadtausgang auf der Höhe des Justizpalastes befand. Die Gemeindepolizisten zerschlugen die Fensterscheiben und setzten Tränengas im Innern ein und zwangen die Studenten auszusteigen. Alle Insassen dieses Busses verschwanden spurlos.

Insgesamt verschwanden in dieser Nacht 43 Studierende gewaltsam durch Beamte des mexikanischen Staates.

An der gleichen Stelle wurde gegen 22:15 Uhr ein weiterer Bus angehalten. Alle in diesem Bus fahrenden Studenten konnten der Verfolgung und den Schüssen der Polizei entkommen; sie verbrachten die Nacht in nahe gelegenen Verstecken, während ihre Verfolger weiter die Gegend nach ihnen absuchten.

Die Jugendfußballmannschaft „Los Avispones“ war nach einem Spiel in Iguala auf dem Weg Richtung Chilpancingo, als ihr Bus etwa um 23:30 Uhr angehalten wurde und der Bus der Jugendlichen auf der Straße durch Schüsse attackiert wurde. Einer der Spieler starb am Tatort und der Fahrer erlag kurz darauf seinen Verletzungen. Viele weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Die Angreifer schossen auch auf vorbeifahrende Fahrzeuge – ein weiblicher Taxifahrgast starb dabei. Insgesamt wurden drei Personen bei dieser Aktion getötet.

Die überlebenden Studenten des ersten Angriffs beim Hauptplatz von Iguala und weitere, die ihnen zu Hilfe geeilt waren, hielten vor Ort eine kleine improvisierte Pressekonferenz ab. Kurz nach Mitternacht stiegen drei bewaffnete und verummte Männer aus einem Auto und feuerten im Beisein der Journalisten und herbeigeeilter Zivilisten wahllos auf die Studierenden. Daniel Solís Gallardo und Julio César Ramírez Nava starben während dieser Geschehnisse. In Anbetracht dieses Angriffs flohen die Umstehenden, und das war auch das letzte Mal, dass der Student Julio César Mondragón Fontes lebend gesehen wurde. Seine Leiche wurde am darauf folgenden Tag mit deutlichen Folterspuren aufgefunden.

Einige der Überlebenden erreichten in Begleitung eines Lehrers ein nahegelegenes Krankenhaus, wo sie sich medizinische Versorgung für einen schwer verletzten Kommilitonen erhofften, der noch nicht betreut wurde. Auch Militärangehörige kamen zum Krankenhaus und führten mit den Studierenden gewalttätig Verhöre durch. So wurden ihnen ihre wahren Namen abverlangt mit der Warnung, dass man sie ohne diese Angabe niemals wiederfinden würde („*Si no, no los van a encontrar*“). Die Soldaten zogen sich zurück und kurz darauf taten es ihnen die Studenten nach einer medizinischen Notfallversorgung gleich.

Unterschiedliche Sicherheits- und Geheimdienste, insbesondere die mexikanische Armee, wussten bereits während der Fahrt der Studierenden nach Iguala und während der Angriffe über die Geschehnisse Bescheid. Angehörige des Militärs verfassten Berichte und machten Fotoaufnahmen von den Ereignissen. An den folgenden Tagen verfolgten sie Familienangehörige und Kommilitonen der Verschwundenen, während diese in der Stadt nach den Vermissten suchten. Die unabhängige Expertengruppe hat Folgendes festgehalten: „Die lokalen, föderalen und staatlichen Behördenvertreter waren nahezu zeitgleich über die Geschehnisse informiert“<sup>13</sup>. Dennoch unternahmen sie keinerlei Anstalten, die Angriffe zu stoppen oder ein Verschwindenlassen der Studierenden zu verhindern.

Bis heute, das heißt bis über ein Jahr nach den Vorfällen, hat es keine unparteiische, unabhängige und wirksame Ermittlung der Ereignisse und des Fehlverhaltens der örtlichen Behörden in ihrer Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung vor den offensichtlichen Angriffen auf die Studenten gegeben. Die Untersuchungen ergaben keine Klarheit über die Verantwortlichkeiten der einzelnen Staatsbediensteten (auf jedweder Regierungsebene), die von den Verbrechen wussten, oder gewusst haben müssen, und doch nichts dagegen unternahmen.

## Die Ermittlungen

Bis heute hat der mexikanische Staat die internationalen Auflagen für eine konsequente Ermittlung von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des internationalen Rechts auf dem eigenen Territorium oder innerhalb der eigenen Justiz nicht erfüllt. Die Familien der Studenten und ihre Rechtsvertreter<sup>14</sup> erwirkten, dass argentinische Ge-

---

<sup>13</sup> GIEI, *Informe Ayotzinapa...* septiembre de 2015, p. 162.

<sup>14</sup> Juristen der Menschenrechtszentren ‘Miguel Agustín Pro Juárez’, ‘Tlachinollan’ und ‘José María Morelos y Pavón’.

richtsmediziner des *Equipo Argentino de Antropología Forense* (EAAF) in die Ermittlungen eingeschaltet wurden und ihr technisches Wissen einbringen konnten. Außerdem wurde im November 2014 mit dem mexikanischen Staat vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission ein Abkommen zur Bildung einer Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten (GIEI) geschlossen, die die Ermittlungen beaufsichtigen sollte. Beide Gruppen haben technische und forensische Expertise beigesteuert, und ihre Analysen haben dabei geholfen zu klären, wie die Ereignisse von Iguala vonstatten gegangen sind und zu einem besseren Verständnis beigetragen. Sie haben konkrete Empfehlungen bezüglich der Verbesserung der Ermittlungsstruktur an die mexikanische Regierung ausgesprochen.

Die Ermittlung der Ereignisse weist gravierende Mängel auf unterschiedlichen Ebenen auf, wie die Expertenkommission in ihrem Bericht aus dem September 2015 erklärt. Tatorte wurden weder abgesichert noch gefilmt oder fotografiert. Die Leichen wurden nicht in Farbe fotografiert und Temperatur und genauer Fundort nicht festgehalten. Auch wurden keinerlei Fußabdrücke aufgenommen oder Beweisstücke wie Blut, Haar oder Stoffrückstände gesichert. Gefundene Kleidungsstücke wurden nicht untersucht und weitergegeben und die wenigen ballistischen Untersuchungen, die bei der Ermittlung gemacht wurden, blieben oberflächlich und ohne Ergebnis. Alle Ergebnisse wurden schlecht weitergegeben. Einige Tatorte wurden gar nicht erst begutachtet.

Ebenso besorgniserregend ist es, dass man nicht das UNO-Handbuch über effiziente Vorbeugung und Nachforschung außergerichtlicher Hinrichtungen benutzt hat – das so genannte „Protokoll von Minnesota“, in dem detailliert beschrieben wird, wie Nachforschungen im Verdachtsfall zu erfolgen haben. Die Einhaltung der Vorgaben dieses Protokolls, insbesondere bei sechs Todesfällen und 43 Fällen von Verschwindenlassen in direkter Verbindung mit Polizeioperationen, hätte ein unverzichtbares Element für eine zügige, effektive und unparteiische Aufklärung sein müssen.

Am 5. Oktober 2014 leitete die Generalstaatsanwaltschaft des Bundes (PGR) eine Untersuchung ein, die parallel zur Untersuchung der Staatsanwaltschaft des Bundesstaats Guerrero verlief. Allerdings hatte sie bis zum 18. Oktober 2014 nicht den gleichen Umfang und verfügte erst seit dem 10. November 2014 über die Akten zum Verschwinden der Studenten.

Die PGR beging im Zuge der Aufklärung krasse Fehler; vor allem versäumte sie es, die Aufzeichnungen aus Überwachungskameras zu beschlagnahmen, die in dem Fall Informationen hätten liefern können; die Sicherstellung wurde erst auf dringenden Rat der GIEI vorgenommen, wobei zu dem Zeitpunkt einige Aufnahmen schon nicht mehr existierten. Beispielsweise war das Video der Überwachungskameras des Justizgebäudes von Iguala durch Gerichtsbeamte des Bundesstaates bereits zerstört worden, ohne dass hier im Zuge der Untersuchungen Analysen vorgenommen worden wären. Ebenso wenig wurden Hausdurchsuchungen bei den verdächtigten Verantwortlichen vorgenommen oder Privatgespräche abgehört, die Licht auf den Fall hätten werfen können.

Es ist eine Vielzahl von Zeugenaussagen festgehalten worden, aber die PGR unterließ es, Hauptzeugen intensiver zu befragen: z.B. sind zwei Chauffeure der Autobusse, in denen die Studenten an jenem Tag unterwegs waren, erst im April 2015 befragt worden, und die auch nur auf Drängen der GIEI. In einem dieser Busse hatte die PGR

Kleidungsstücke und andere Gegenstände aus dem Besitz der Studenten beschlagnahmt; ein Beweisstück von Mitte November 2014, das für die Anklage erst im Juli 2015 berücksichtigt wurde, als die GIEI dies forderte.

Die PGR schloss in ihre Untersuchungen auch Informationen über einen fünften Autobus nicht ein, der in ihrer offiziellen Darstellung fehlte und ignoriert wurde, obwohl seine Existenz durch Zeugenaussagen Überlebender eindeutig bestätigt war. Die GIEI hat die Ansicht ins Spiel gebracht, dass diesem Bus eine Schlüsselrolle zukommen könnte, um die Motive für den Angriff auf die Studenten zu klären, und hat den Staat deshalb aufgefordert, eingehend die Geschehnisse um den fünften Autobus zu untersuchen. Die Expertengruppe erwog die Hypothese, dass es möglich sein könnte – angesichts der Tatsache, dass schon vorher Busse für den Drogentransport von Iguala in die USA genutzt worden waren – dass die Studenten arglos einen Bus mit illegaler Fracht bestiegen hatten, was dann den massiven Gewaltausbruch erklären könnte, dem sie daraufhin ausgesetzt waren.

Die mexikanischen Behörden halten die Meinung aufrecht, dass alle verschwundenen Studenten von der Ortspolizei gezwungenermaßen an eine Gruppe aus dem organisierten Verbrechen ausgeliefert worden seien, die sie dann zur städtischen Mülldeponie von Cocula gebracht und dort getötet hätten; dort seien die Körper verbrannt und die Überreste in den nahen Fluss San Juan geworfen worden. Spezialisten mit Akteneinsicht haben die Meinung vertreten, dass diese Konstruktion des Hergangs von den Behörden voreilig präsentiert worden ist und sich auf eine Analyse stützt, die mit den verfügbaren Beweismitteln nichts mehr zu tun hat.<sup>15</sup>

## „Die 43 Studenten sind nicht auf der städtischen Mülldeponie von Cocula verbrannt worden“

Interdisziplinäre Gruppe unabhängiger Experten

In seinem Bericht über seine Nachforschungen kam die GIEI zum Ergebnis, dass der Tatablauf sich nicht in dieser Form abgespielt haben konnte. Die Expertengruppe regte ein spezielles Gutachten über die Verbrennung auf der Mülldeponie an, was ihren Zweifel bekräftigte: „Die GIEI ist zur Überzeugung gelangt, dass die 43 Studenten nicht auf der Städtischen Mülldeponie von Cocula verbrannt worden sind. Die Geständnisse, die von den Beschuldigten abgelegt worden waren, entsprechen in diesem Punkt nicht den Tatsachen, wie sie in dieser Studie nachgewiesen worden sind“.<sup>16</sup> Hinzu kommt, dass die GIEI schon im Dezember 2015 gemeldet hatte, es habe in dem von der PGR angegebenen Zeitraum gar keine Verbrennungen in Corcula gegeben, wenn man die zur Verfügung stehenden technischen Daten zu Rate zieht.<sup>17</sup>

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat man nur die sterblichen Reste eines einzigen Studenten identifizieren können: Alexander Mora Venancio. Das Team der argentinischen

<sup>15</sup> EAAF, Erstes Dokument über Nachforschungen in der Mülldeponie Cocula und am Fluss San Juan, [http://www.eaaf.org/files/comunicado-eaaf\\_7feb2015.pdf](http://www.eaaf.org/files/comunicado-eaaf_7feb2015.pdf) (abgefragt am 1.11.2015).

<sup>16</sup> GIEI, Bericht..., Sept.2015, p.156

<sup>17</sup> GIEI, Pressebericht: Die GIEI präsentiert die ersten Fortschritte im zweiten Abschnitt seines Mandats, 7.Dez.2015, p.2

schen Gerichtsmediziner (EAAF) kam hinsichtlich seiner Identifizierung zu dem gleichen Ergebnis, hat aber seiner Besorgtheit über den Fundort des Knochenstücks Ausdruck verliehen, das zur Identifizierung diene. Die PGR versichert, es in einer Tüte im Río San Juan gefunden zu haben, hat sich aber wiederholt geweigert, die Überwachungskette und andere Beweismittel sicherzustellen, so dass das EAAF im Moment des Auffindens nicht zugegen war. Das argentinische Team zeigt sich daher besorgt über den Mangel an wissenschaftlicher Beweiskraft, die die Funde vom Fluss mit denen von der Mülldeponie verknüpfen müsste.<sup>18</sup>

Die mexikanischen Behörden sind zu ernstgemeinten, unabhängigen und sachdienlichen Untersuchungen verpflichtet, das Schicksal oder den Aufenthaltsort der Opfer vollständig aufzuklären. Sogar in Fällen, wo der Staat Anlass zu der Vermutung hat, dass die Opfer bereits tot sind, besteht der Tatbestand des Verschwindenlassens und eines Verbrechens solange fort, bis die sterblichen Überreste gefunden und eine Identifizierung stattgefunden hat.<sup>19</sup>

Der mexikanische Staat hat bis heute über 100 Personen festgenommen, von denen er glaubt, dass sie mit dem Fall zu tun haben könnten, darunter Mitglieder der Ortspolizei und Personen, die der Zugehörigkeit zum organisierten Verbrechen verdächtig sind. Diese stehen jetzt strafrechtlich unter Anklage. Aber zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts ist keine einzige dieser Personen wegen Verschwindenlassens angeklagt, sondern alle wegen anderer Delikte. Dieser Umstand verletzt die Verpflichtungen Mexikos aus internationalem Recht, weil Tatbestände herangezogen werden, die nicht exakt das Phänomen des Verschwindenlassens abdecken oder die Verwicklung des Staates durch seine Bediensteten bei der Verübung des genannten Verbrechens in irgendeiner Form verschleiern. So ist es beispielsweise bis heute auch Praxis, wenn Personen wegen des Delikts Entführung festgenommen werden. Der Interamerikanische Menschengerichtshof hob in einer Klage gegen den Staat Mexiko die Bedeutung hervor, das Delikt Verschwindenlassen zur Anwendung zu bringen, weil „der Schutz, den die Rechtsnormen gegenüber Entführung, Folter, Mord und Ähnlichem gewähren, nicht hinreicht“.<sup>20</sup>

## Betroffenheit aufgrund von Verschwindenlassen

### Die Familien der Opfer

Wie schon gesagt, erleiden die Angehörigen von Menschen, die Opfer des Verschwindens bzw. des Verschwindenlassens geworden sind, dermaßen starke seelische Schädigungen, dass dies einer Rechtsverletzung gleichkommt, nicht als Opfer von Folter oder anderer Misshandlung anerkannt zu sein. Wie ein Angehöriger von einem der verschleppten Studenten gegenüber Amnesty äußerte:

---

<sup>18</sup> EAAF, Identifikation eines der 43 verschwundenen Hochschüler, 7.Dez.2014, Ciudad de México. [http://www.eaaf.org/files/comunicado-de-prensa\\_eaaf\\_07diciembre2014.pdf](http://www.eaaf.org/files/comunicado-de-prensa_eaaf_07diciembre2014.pdf) (abgefragt am 31.Oktober 2015)

<sup>19</sup> Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof (Corte IDH), Der Fall Gudiel Alvarez u.a. („Diario Militar“) vs.Guatemala...parr.207

<sup>20</sup> Corte IDH, Der Fall Radilla Pacheco vs.Mexico...parr.238

*„Es war ein erschütternd trauriger Tag. Als mich mein Bruder anrief, bin ich direkt zur Hochschule gefahren. Wir dachten, dass die 43 Studenten festgenommen oder irgendwo versteckt worden seien. Wir waren uns sicher, sie bald wiederzutreffen. Aber die Tage gingen dahin, und jetzt stehen wir hier fast ein Jahr danach und wissen immer noch nicht, wo sie nun sind. Das ist Folter!“*

(Melitón Ortega, Onkel des verschwundenen Studenten Mauricio Ortega)

Die seelische Anspannung der Familien und weiterer indirekt Betroffener im Fall des Verschwindenlassens der 43 Studenten hat sich noch durch verschiedene Aktionen des mexikanischen Staates verschärft, im Besonderen durch die Öffentlichkeitsarbeit dazu, was eine zusätzliche Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte darstellt. Bei vielen Gelegenheiten hat die Generalstaatsanwaltschaft Informationen an die Presse weitergeleitet, ohne die Angehörigen zuvor in Kenntnis zu setzen, bzw. sie hat dies so spät getan, dass die Opfer die Information nicht mehr verarbeiten konnten, bevor sie in die Öffentlichkeit gelangte.

**„Nicht die Pädagogikstudenten oder die Angehörigen sind verantwortlich für das Verschwindenlassen, für die bewaffneten Überfälle und Meuchelmorde, für die erlittenen Folterqualen. Die Verantwortlichen für diese Untaten sind all diejenigen, die sich diese Gewalttaten zunutze gemacht haben oder die hätten einschreiten können, aber nichts unternommen haben.“**

(Interdisziplinäre Expertengruppe)

Veröffentlichte Stellungnahmen verschiedener mexikanischer Behörden haben dazu beigetragen, dass sich eine Auffassung bilden oder verfestigen konnte, derzufolge die Studenten in Gruppen der organisierten Kriminalität verwickelt waren. Das verursachte im Kreis der Angehörigen ein beklemmendes Gefühl. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte dabei in völlig unkritischer Weise Versionen einiger der in diesem Zusammenhang Festgenommenen verwendet, die auf eine Beziehung einiger Studenten mit dem organisierten Verbrechen hindeuteten. Aktionen dieser Art versuchen die Opfer zu kriminalisieren und ihnen die Verantwortung für die erlittenen Verbrechen in die Schuhe zu schieben, was dann wiederum auch die Angehörigen kriminalisiert. Genau so äußerte sich die GIEI: „Nicht die Pädagogikstudenten oder die Angehörigen sind verantwortlich für das Verschwindenlassen, für die bewaffneten Überfälle und Meuchelmorde, für die erlittenen Folterqualen. Die Verantwortlichen für diese Untaten sind all diejenigen, die sich diese Gewalttaten zunutze gemacht haben oder die einschreiten konnten, aber nichts dafür unternommen haben.“<sup>21</sup>

Dieses Verschwindenlassen hat weitere Risiken für die Inanspruchnahme der Menschenrechte seitens der Familien der Studenten mit sich gebracht. Beispielsweise sind Angehörige über diesem Fall und bei den anstrengenden Nachforschungen, die sie unternehmen mussten, schwer erkrankt. Trotz alledem war die Reaktion des mexikanischen Staates völlig unangemessen; es gab keinerlei substantielle medizinische und kulturelle Betreuung dieser Patienten.

---

<sup>21</sup> GIEI, Informe..., p.287

Darüber hinaus trugen die Anstrengungen der Nachforschungen und die Forderungen der Justiz auch zur finanziellen Belastung der Angehörigen bei. Verschiedene Familien hatten Einbußen zu verzeichnen, weil sie ihren Arbeitsplatz verlassen mussten oder ihre Felder nicht mehr bestellen konnten. All diese Nachteile müssten vom Staat in Betracht gezogen und durch vollständige Schadensersatzzahlungen kompensiert werden.

## **Mitglieder der Studentengemeinschaft von Ayotzinapa**

Die Betroffenheit infolge des Verschwindenlassens ihrer Studienkollegen hat in der Studentenschaft von Ayotzinapa tiefe Spuren hinterlassen. Die Studenten, die den Anschlag überlebten, sind direkt Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden, aber der Kreis der Betroffenen schließt auch die indirekt betroffenen Opfer ein, wie die Studenten der Pädagogischen Hochschule, die in jener Nacht nicht nach Iguala fuhren. Auch deren private und studentische Existenz wurde völlig durcheinandergeworfen, was in einigem Umfang sogar noch auf die später aufgenommenen Studenten zutrifft.

Es ist von fundamentaler Wichtigkeit, dass der mexikanische Staat den Opferstatus auch in diesem Umfang anerkennt und vollwertige Maßnahmen zur Entschädigung ergreift, die die Bedürfnisse und Eigenheiten der Hochschule von Ayotzinapa und ihrer sozialen Pädagogik im Auge haben.

**„Die Mehrheit der Eltern unserer Mitstudenten sorgen sich um sie, sorgen sich um die Sicherheit ihrer Söhne ... Einige Studenten berichten, dass ihre Eltern ihnen nicht einmal erlaubt haben, zum Examen in die Schule zu kommen.“**

José Antonio, Student der Hochschule von Ayotzinapa

Das Studentenleben von Ayotzinapa ist nach wie vor rege; die Studenten hören weiter ihre Vorlesungen und bereiten sich in der unterschiedlichsten Weise auf ihre spätere Rolle als Lehrer vor. Trotz alledem haben sie einen Teil ihrer Zeit der Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gewidmet, wie auch der Forderung nach Garantien, dass sich solche Gräueltaten nicht wiederholen. Das bedeutete zugleich, Strategien zur Verbesserung der Sicherheitslage ihrer Gruppe und zum Fortbestand ihrer Hochschule zu entwickeln. So fasste es einer der Studenten zusammen: „Vom ersten Moment an, als wir uns entschieden haben, hierher zu kommen, sind wir bewusster geworden; wir wissen, dass wir Druck von der Regierung bekommen werden; uns ist klar, dass wir auf die Straße müssen, um unsere Schule zu verteidigen“.

Aufgrund der Anschläge vom 26. und 27. September sind etliche Studenten von der Hochschule abgegangen, und die freigewordenen Studienplätze des ersten Semesters wurden von neuen Studenten eingenommen, mit Ausnahme der Plätze der 43 Verschwundenen, die für die Verwaltung nach wie vor als eingeschrieben gelten und deren Arbeitsplätze zur Ehrung im Innenhof der Hochschule ausgestellt bleiben. Dies dient als Fokus der Würdigung der Opfer und zur Bewahrung ihres Gedächtnisses in der studentischen Gemeinschaft.

Für das neue Schuljahr, das im August 2015 begann, kamen genau die 140 Studenten zusammen, die jährlich neu eingeschrieben werden können. Das impliziert, dass die

Hochschule trotz des Risikos, das die Studenten allein durch ihr Kommen auf sich nehmen, sich weiterhin in besonderer Weise um Jugendliche aus Randgruppen kümmern muss. Trotzdem war ein Rückgang der Anmeldungen zu verzeichnen, was wohl auf die Ängste potentieller Kandidaten und ihrer Angehörigen zurückgehen wird, dass es wieder zu neuen Gewaltakten kommen könnte. Ein Student schilderte Amnesty die Lage: „Die Mehrheit der Eltern unserer Mitstudenten sorgen sich um sie, sorgen sich um die Sicherheit ihrer Söhne ... Manche Studenten berichten, dass ihre Eltern sie nicht einmal mehr zum Examen in die Hochschule kommen ließen“.

## 6. Tausende von Familien fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung

Mit der Zeit begegnen sich die Familien von Verschwundenen immer häufiger in amtlichen Büros. Es wird ihnen bewusst, dass es Demonstrationen für die verschwundenen Menschen gibt, und sie machen sich klar, dass ihr Fall in einem größeren Zusammenhang steht, dass sie mit ihrem Fall nicht allein sind, sondern dass es sich um eine Situation handelt, die viele Menschen um sie herum im ganzen Land betrifft. Die Mutter einer verschwundenen Person erzählte: „Mir wurde klar, dass es hunderte von Personen waren, die man hatte verschwinden lassen, und dass nichts geschah“.

Die Familien versammeln und koordinieren sich; sie entwickeln Widerstandstrategien und fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Dabei spielt die Arbeit lokaler Menschenrechtsorganisationen eine große Rolle. Sie begleiten die Familien und schaffen Aufmerksamkeit. Amnesty International ist wiederholt zu Ohren gekommen, dass sich dadurch die Behandlung, die Familien seitens der Behörden erfahren, der Zugang zu Informationen, der Verfahrensablauf des Falles und die kleinen Erfolge bei den Ermittlungen verbessert haben und dass dies auf die Einflussnahme der NGOs zurückzuführen sei.

**„Mir wurde klar, dass es hunderte von Personen waren, die man hatte verschwinden lassen, und dass nichts geschah“.**

Leticia Sánchez Villalobos ist die Mutter von Luis Carlos Hernández Sánchez, der am 22. Mai 2010 verschwand. Den Familien wird bewusst, dass der Zusammenhalt und die Unterstützung der Zivilgesellschaft einen wichtigen Anreiz in ihrem Kampf und für den Erhalt ihrer Würde darstellen. Amnesty International kann bezeugen, dass es angesichts fehlender Reaktionen von staatlicher Seite auf die Krise des Verschwindenlassens in Mexiko vorwiegend Menschenrechtsorganisationen sind, die den Opfern und ihren Angehörigen Hilfestellungen bieten.

Zugleich haben sich die betroffenen Familien in Gruppen und Kollektiven zusammengeschlossen, wo sie sich in ihrem Bemühen um die Suche und dem Einfordern ihrer Rechte koordinieren. In Mexiko bestehen mindestens 24 derartige Kollektive und in Zentralamerika weitere drei, die von Familienangehörigen von Verschwundenen gebildet wurden. Sie suchen insgesamt mehr als 4.800 Personen aus 22 Bundesstaaten. Darüber hinaus gibt es Angehörige, die sich in anderen Organisationsformen und Zusammenschlüssen begegnen, ohne sich als Kollektiv zu identifizieren, wie z.B. die Angehörigen von Migranten aus Guatemala, die auf ihrem Weg durch Mexiko verschwanden. Sie werden von der „Stiftung für Gerechtigkeit und den demokratischen Rechtsstaat“ betreut; oder jene Angehörigen von Verschwundenen im Bundesstaat Chihuahua, die von dem Frauenrechts-Zentrum CEDEHM betreut werden. Diese Gruppen und Kollektive sind Ausdruck für ein Rechtsverständnis, das die Verteidigung der Menschenrechte im Blick hat, und der mexikanische Staat muss garantieren, dass sie ohne Repressalien ihre Arbeit machen können.<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> Siehe die Erklärung der UN-Vollversammlung vom Februar 2002 über Rechte und Pflichten der Individuen, der Gruppen und Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und der

Diese Strategie ist eine Antwort auf das staatliche Nicht-Tätigwerden in der Mehrzahl der mehr als 27.000 offiziell anerkannten Fälle von verschwundenen oder nicht lokalisierten Personen. Die Verbreitung der Fälle auf die Kollektive hilft dabei, Umfang und Bedeutung des Problems zu erfassen: In Mexiko kann jeder Mensch an jedwedem Ort verschwinden.

Der mexikanische Staat muss als Garant in Erscheinung treten, dass all diese Zusammenschlüsse ihre Menschenrechtsarbeit in einem gesicherten und geeigneten Umfeld weiter- und zu Ende führen können, und dass ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung wirksam garantiert bleibt.

## LISTE DER FAMILIENZUSAMMENSCHLÜSSE VON VERSCHWUNDENEN PERSONEN <sup>23</sup>

### Mexikanische Vereinigungen

Agrupación de Mujeres Organizadas por los Ejecutados, Secuestrados y Desaparecidos de Nuevo León – AMORES  
Asociación de Familiares de Detenidos, Desaparecidos y Víctimas de Violaciones a los Derechos Humanos en México – AFADE M-FEDEFA M  
Asociación Unidos por los Desaparecidos de Baja California A.C.  
Comité de Familiares de Detenidos Desaparecidos Hasta Encontrarlos  
Comité de Familiares de Personas Detenidas Desaparecidas en México – COFADDEM – “Alzando Voces”  
Comité de Familiares y Amigos de Secuestrados, Desaparecidos y Asesinados en Guerrero  
Desaparecidos Justicia A.C. Querétaro  
Eslabones Estado de México  
Eslabones Morelos  
Eslabones Nuevo León  
Eslabones Veracruz  
Familiares en Búsqueda María Herrera A.C.  
Familias Unidas de Chiapas Buscando a Nuestros Migrantes “Junax Kó’tantik”  
Familias Unidas en la Búsqueda y Localización de Personas Desaparecidas A.C.  
Familias Unidas por nuestros Desaparecidos Jalisco – FUNDEJ – Familias Unidas en Red  
Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos en México – FUNDEM <sup>24</sup>  
Grupo V.I.D.A. – Víctimas por sus Derechos en Acción  
Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio – H.I.J.O.S. México  
Justicia y Esperanza  
Mujeres de Pacto  
Los Otros Desaparecidos de Iguala  
Red de Familiares Ciudad Juárez  
Red Eslabones por los Derechos Humanos  
Voces Unidas por la Vida

### Zentralamerikanische Gruppierungen

Asociación Comité de Familiares de Migrantes Fallecidos y Desaparecidos de El Salvador – COFA MIDE  
Comité de Familiares de Migrantes desaparecidos del Centro de Honduras – COFAMICENH  
Comité de Familiares de Migrantes Desaparecidos de El Progreso – COFA MIPRO

---

weltweit anerkannten fundamentalen Freiheiten, sowie Artikel 24.7 des Internationalen Übereinkommens.

<sup>23</sup> Zusammengestellt auf der Grundlage der von den Kollektiven selbst übermittelten Informationen. Der Begriff Kollektiv von Opfern wird hier gebraucht im Sinne einer Vereinigung von Angehörigen von verschwundenen Personen, die sich gebildet hat, um Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung (oder eines dieser Elemente) mit einer Menschenrechtsperspektive zu fordern, unabhängig davon, ob es sich dabei um eine rechtlich eingetragene Vereinigung handelt.

<sup>24</sup> Zusammenschluss aus *Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos* (Bundesstaat Coahuila), *Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos* (Bundesstaat Nuevo León) und *Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos en México* (Zentralregion).

## Verschwundene Personen pro Bundesstaat in Mexiko



### Anzahl der Familienzusammenschlüsse, die nach verschwundenen Personen suchen



## 7. Schlussfolgerungen

Wie oben erwähnt, wurden die Fälle von Ciudad Cuauhtémoc und den Studierenden von Ayotzinapa für diesen Bericht ausgewählt, weil sie kennzeichnend dafür sind, wie der mexikanische Staat auf das Phänomen des Verschwindens und des Verschwindenlassens reagiert – nämlich gelegentlich nachlässig und unzulänglich.

Das Verschwindenlassen der 43 Studenten von Ayotzinapa fand internationale Beachtung und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtslage in Mexiko. Dies hat nicht nur zu einer intensiveren Forderung nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung geführt, sondern auch zu einer Bereitstellung von mehr Ressourcen durch den mexikanischen Staat, wobei diese nicht immer sehr zielgerichtet waren. In dem Fall von Ciudad Cuauhtémoc ist die Situation trotz der hohen Zahl von Verschwundenen an ein und demselben Ort über etliche Jahre praktisch unbekannt geblieben. Die zahlreichen Vorkommnisse von Verschwinden in Ciudad Cuauthémoc geben einen Einblick in die Realität von tausenden von Fällen des Verschwindens durch nicht-staatliche Akteure und des gewaltsamen Verschwindenlassens, die von den Behörden praktisch vernachlässigt werden und zu einer völligen Straflosigkeit führen.

Beide Fälle zeigen trotz ihrer Unterschiede erhebliche Ähnlichkeiten im Hinblick auf das Versäumnis des Staates dafür zu sorgen, dass die Rechte der Opfer respektiert werden. Dies schließt das Unterlassen ein, nach den verschwundenen Personen zu suchen, um deren Schicksal und Aufenthaltsort zu ermitteln und insbesondere das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung zu gewährleisten. In beiden Fällen verlief die Suche nach den Opfern fehlerhaft und war schlecht organisiert. Die Behörden handelten in beiden Fällen unverantwortlich im Umgang mit den Informationen zu den Fällen. Sie unterließen es dafür zu sorgen, dass die Informationen die Angehörigen und ihre rechtlichen Vertreter in angemessener Weise und beizeiten erreichten oder sie gaben die Informationen nur im Rahmen einer medienwirksamen Strategie weiter. Außerdem verletzte die Art, wie die Behörden mit den Verwandten umgingen, in beiden Fällen deren Rechte auf eine menschliche Behandlung, indem sie den Verletzungen, die durch das Verschwinden selbst verursacht wurden, weiteren Schaden hinzufügten. Die mexikanische Regierung unterließ es auch, ihnen eine angemessene Unterstützung zur Verfügung zu stellen, um im Hinblick auf die Auswirkungen zu helfen, die das Verschwinden ihrer Angehörigen auf sie haben, oder sie taten dies nur teilweise und größtenteils in ineffektiver Weise.

Auf institutioneller Ebene scheinen die Behörden unfähig zu sein, in einer angemessenen Weise zu reagieren, welche die Menschenrechte der Opfer und ihrer Verwandten respektiert. Auf der Grundlage der vielen Fälle verschwundener Personen, die Amnesty International in Mexiko dokumentiert hat, konnte die Unzulänglichkeit der Reaktionen des Staates auf das Verschwindenlassen sowie auf das Verschwinden durch nicht-staatliche Akteure unter Beweis gestellt werden.

Mexiko hat einige wichtige Schritte unternommen, um sich mit der Situation zu befassen, insbesondere indem es den Forderungen der Familien und gesetzlichen Vertretern zugestimmt hat, dass ein Team der argentinischen Forensiker in dem Fall der 43 Studenten von Ayotzinapa hinzugezogen wurde und dieser von einer interdisziplinären

Gruppe unabhängiger Experten<sup>25</sup> begutachtet wird. Diese Maßnahmen beruhen jedoch auf kurzfristigen politischen Entscheidungen, ausgelöst durch die Notwendigkeit, mit einer Situation umgehen zu müssen, die in Bezug auf die öffentliche Meinung extrem wichtig war und die eine erhebliche internationale Aufmerksamkeit gewonnen hatte. Sie sind nicht Ausdruck einer schlüssigen öffentlichen Politik, das Phänomen des Verschwindens in Mexiko anzugehen.

Der mexikanische Staat muss dringend das Ausmaß des Problems erkennen und seine Verpflichtung erfüllen, alle Fälle von Verschwinden und gewaltsamem Verschwindenlassen zu untersuchen. Er muss außerdem die Verantwortlichen vor Gericht stellen und ihnen einen Prozess machen, der ein faires Verfahren gewährleistet und dafür sorgt, dass alle Opfer und ihre Angehörigen umfassende Entschädigungen bekommen. Der Staat sollte auch seiner allgemeinen Verpflichtung gerecht werden, seine Bürger wirksam zu schützen. Dies erfordert die Entwicklung einer öffentlichen Ordnung, die zum Ziel hat, Verschwinden und gewaltsames Verschwindenlassen zu verhindern.

## **DAS STRAFRECHT**

Der mexikanische Staat ist ein Bundesstaat, der in 31 Staaten und Mexiko-Stadt bzw. den Bundesdistrikt unterteilt ist. Jede dieser 32 Einheiten hat ihr eigenes Strafgesetzbuch. In den meisten von ihnen erfüllt der Straftatbestand des Verschwindenlassens nicht die Standards, die in Artikel 2 des Internationalen Übereinkommens festgelegt sind.<sup>26</sup> Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte und der UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen haben festgestellt, dass in dem Strafgesetzbuch des Bundes die internationalen Standards nicht erfüllt werden. Sie fordern von Mexiko, die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen.<sup>27</sup> Die Tatsache, dass strafrechtliche Normen nicht mit der vom Internationalen Übereinkommen gesetzten Definition übereinstimmen, hat die Verhängung von Sanktionen für diese Verbrechen unter internationalem Recht erschwert und verhindert.

Wie in Ayotzinapa geschehen, werden in vielen Fällen die Ermittlungen und die wenigen Gerichtsverfahren wegen anderer Delikte wie z.B. Kidnapping oder Freiheitsberaubung unternommen. Hinzu kommt, dass es in Mexiko im Gegensatz zu Artikel 3 des Internationalen Übereinkommens für das von nicht-staatlichen Akteuren verübte Verschwinden (ohne die Beteiligung staatlicher Vertreter) keinen Straftatbestand gibt.

## **DIE SUCHE NACH DEN OPFERN UND DIE ERMITTLUNGEN**

Der Staat hat eine internationale Verpflichtung, geeignete formelle Ermittlungen anzustellen und nach verschwundenen Personen zu suchen. Diese Verpflichtung leitet sich aus der generellen Verpflichtung her, für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen

---

<sup>25</sup> Grupo Interdisciplinar de Expertos Independientes (GIEI), eingesetzt von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH).

<sup>26</sup> Der mexikanische Staat hat die Verpflichtung sicherzustellen, dass Verschwindenlassen entsprechend den internationalen Standards eine Straftat darstellt, wie es in Artikel 3 des Interamerikanischen Übereinkommens gegen das Verschwinden von Personen und Artikel 4 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden festlegen.

<sup>27</sup> Artikel 24 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden

sowie aus der Verpflichtung, gewaltsames Verschwindenlassen zu bestrafen und zu verhindern.<sup>28</sup>

Wie dieser Bericht dokumentiert, gibt es oft ein langes Hinauszögern, bevor die mexikanischen Behörden mit ihren Bemühungen beginnen, eine als verschwunden angezeigte Person zu finden. Wenn sie die Suche aufnehmen, geschieht dies normalerweise ohne einen klaren Plan und beschränkt sich auf wenige Bemühungen, die zum Scheitern verurteilt sind. Gelegentlich registrieren die Behörden die Anzeige erst 72 Stunden nach dem Verschwinden einer Person, was die Chancen beeinträchtigt das Opfer aufzufinden.

Es gibt ernsthafte Versäumnisse und Unterlassungen in der Art, wie sich die Behörden in der ersten Phase der Ermittlung verhalten. Dies ist besorgniserregend, weil die Ermittlungstätigkeit in der Anfangsphase der Untersuchung von Fällen des Verschwindens ganz entscheidend ist. Während der nachfolgenden Phasen ist es nicht immer möglich, frühere Fehler zu korrigieren. Oft gehen Beweise bereits durch die Zeit verloren, die die Behörden für Entscheidungen brauchen, überhaupt nach verschwundenen Personen zu suchen. Manchmal widmen sich die Behörden den Aktivitäten und dem Privatleben der Opfer, um ihr Handeln zu rechtfertigen. Die Familien sehen sich dann veranlasst, eigene Recherchen anzustellen und sich Risiken auszusetzen, um an Informationen zu gelangen und diese an die Behörden weiterzugeben. Dort werden die neuen Hinweise vielfach nur gespeichert, anstatt dass ihnen ordentlich nachgegangen wird.

## **DIE AUSWIRKUNGEN FÜR DIE ANGEHÖRIGEN**

Das Internationale Übereinkommen hat anerkannt, dass die Angehörigen von Verschwundenen als direkte Folge des Verschwindens selbst Opferstatus erhalten.<sup>28</sup> Außerdem leiden die Angehörigen indirekt an der Verletzung ihrer Rechte einschließlich des Rechts auf menschliche Behandlung,<sup>29</sup> was im Gegenzug weitere Rechte betreffen kann. Wenn eine Person dem Verschwinden ausgesetzt ist, müssen sich die Familienmitglieder zum Beispiel um Dinge kümmern, wie die Vermögensverwaltung der verschwundenen Person, die Sorge und Unterstützung für die übrigen Familienmitglieder und dem Wohnort der Familie. Weiterhin müssen sie sich mit den Verfahrensvorgängen auseinandersetzen, um Gerechtigkeit zu erhalten. Die wirtschaftliche Situation der Familie ist nicht nur durch den Verlust des Einkommens des Verschwundenen betroffen, sondern auch durch die Aufwendungen, die mit der Suche nach der verschwundenen Person und dem Streben nach Gerechtigkeit verbunden sind. Um dies leisten zu können, kann es dazu kommen, dass Familienmitglieder ihre eigene Arbeit aufgeben müssen und sie in der Folge Gefahr laufen, ihren Wohnort verlassen zu müssen.

Durch das Verschwinden verlieren die Angehörigen die mit der Beschäftigung des Opfers verbundenen Leistungen und Sozialversicherungsrechte. Viele Familien sind nicht länger berechtigt, medizinische Versorgung vom Mexikanischen Sozialversicherungsinstitut IMSS oder ähnlichen Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, was sie in eine noch schwierigere Lage bringt. Auch das Vermögen der Familie kann gefährdet sein, da

<sup>28</sup> Vgl. Art. 24 des Internationalen Übereinkommens.

<sup>29</sup> Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs im Fall *Blake vs. Guatemala* vom 24.01.1998, Serie C Nr. 36, Abs. 114

das mexikanische Recht weder vorsieht, dass die zu Lasten der verschwundenen Person entstehenden Schuldzinsen eingefroren werden, noch sorgt es für Schutz der Angehörigen vor Prozessen zur Eintreibung dieser Schulden, was sogar ihre Wohnsituation gefährdet. Dies stellt einen Verstoß gegen Artikel 24.6 des Internationalen Übereinkommens dar, der die Verpflichtung des Staates vorsieht „die geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Rechtsstellung verschwundener Personen, deren Schicksal noch nicht aufgeklärt worden ist, und die ihrer Verwandten, unter anderem hinsichtlich der sozialen Sicherung, finanzieller Angelegenheiten, des Familienrechts und der Eigentumsrechte“ zu treffen.

## UNTERSTÜTZUNG UND ENTSCHÄDIGUNG

Opfer haben das Recht auf Wiedergutmachung und eine angemessene Entschädigung. Dies ergibt sich aus der staatlichen Verpflichtung, die Menschenrechte zu schützen und aus dem im internationalen Recht verankerten Grundsatz, dass Entschädigung für Schäden zu leisten ist, die aufgrund ungesetzlichen Handelns des Staates verursacht werden.<sup>30</sup> Dennoch hat in Mexiko das System, das den Opfern Schutz und Wiedergutmachung gewähren soll, nicht umfassend und angemessen auf die Bedürfnisse der Betroffenen reagiert. Der Staat muss dafür sorgen, dass ausreichende Mittel für die Bedürfnisse der Opfer zur Verfügung stehen und dass administrative Verfahren nicht zu unüberwindlichen Hindernissen führen, um Entschädigungen, menschliche Unterstützung und andere Beihilfen zu erreichen.

Die Bundesbehörden müssen darüber hinaus dafür sorgen, dass die Opfer nicht aufgrund von Unterlassungen seitens der Gesetzgebung oder der Verwaltung in den einzelnen Bundesstaaten schutzlos gelassen werden. Dies ist zum Beispiel der Fall in den Staaten, in denen keine Kommissionen geschaffen wurden, um den Bedürfnissen der Opfer gerecht zu werden, wie es das Allgemeine Gesetz für Opfer (*Ley General de Víctimas*) verlangt. Es ist eine wichtige Verwaltungsaufgabe, die aus der Betreuung der Opfer resultierende Kostenverteilung zu regeln, aber dies sollte nicht die Opfer selbst belasten. Die Bundesregierung müsste für alle Kosten aufkommen, die einzelne Bundesstaaten nicht fähig oder nicht willens sind zu tragen.

## ALLGEMEINES GESETZ ZUM VERSCHWINDEN

Die mexikanische Regierung hat einige positive Schritte unternommen, eine öffentliche Politik zum Verschwinden zu institutionalisieren, die dazu beitragen könnten, die Rechte auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung in Fällen von Verschwindenlassen und Verschwinden durch nicht-staatliche Akteure zu gewährleisten. So hat Präsident Enrique Peña Nieto am 10.12. 2015 einen Entwurf für ein Allgemeines Gesetz zur Verhinderung und Bestrafung in Bezug auf das Delikt des Verschwinden von Personen vorgelegt. Dieses Gesetz soll die Verpflichtungen des Bundes, der Bundesstaaten und Gemeinden betreffen und all deren Bemühungen bei dieser Aufgabe koordinieren.<sup>31</sup>

<sup>30</sup> Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof, Urteil im Fall *Velásquez vs. Honduras* vom 21.07.1989, Serie C Nr. 7, Abs. 25. Siehe auch Art. 24.5 des Internationalen Übereinkommens.

<sup>31</sup> Dieses Gesetz, wenn es internationalen Standards entspräche, würde helfen, Mexikos Verpflichtung zu erfüllen, gesetzgeberische Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, um mit dem Problem umzugehen.

Das Gesetz muss Regelungen enthalten, um dem Phänomen hinreichend zu begegnen. Auch muss der Staat weitere administrative und öffentliche politische Maßnahmen ergreifen, um den rechtlichen Rahmen zu erfüllen, umzusetzen und zu stärken, damit der Kongress es anschließend nach ausführlicher und ernsthafter Beratung mit der Zivilgesellschaft, insbesondere mit den Familien der Verschwundenen, verabschiedet. Obwohl das Gesetz eine Reihe positiver Maßnahmen enthält, bleibt es in vielen Punkten hinter internationalen Standards zurück. Der Kongress muss Schritte unternehmen, sich mit diesen Mängeln zu beschäftigen.

# Empfehlungen

## In Bezug auf ein Allgemeines Gesetz zum Verschwinden und der Strafgesetzgebung

- Verschwindenlassen und Verschwinden durch nicht-staatliche Akteure sollten gemäß höchsten internationalen Standards als im Gesetz voneinander getrennt zu behandelnde Straftaten festgelegt werden. Eine umfangreiche Untersuchung aller Anzeigen von Verschwinden muss sichergestellt sein, unabhängig davon, wer der mutmaßliche Täter ist. Wenn Beweise vorliegen, dass die Straftat des Verschwindenlassens durch Autorisierung, Unterstützung oder Einwilligung staatlicher Bediensteter durchgeführt wurde, muss eine Untersuchung möglich sein und eine Bestrafung erfolgen.
- Die fortgesetzte und anhaltende Art der Verbrechen Verschwindenlassen und Verschwinden durch nicht-staatliche Akteure muss so lange im Gesetz verankert sein, bis das Schicksal oder der Aufenthaltsort der verschwundenen Person aufgeklärt ist. Das Gesetz muss eine Verjährung der Straftat ausschließen, die strafrechtliche Verfolgung auf Amts wegen sicherstellen und angemessene Bestrafungen gemäß dem Strafmaß vorsehen, ohne dass die Verantwortlichen die Möglichkeit haben, von Immunität, Amnestie, Begnadigung oder ähnlichen Maßnahmen zu profitieren.
- Ferner muss das Gesetz festschreiben, dass Verschwindenlassen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, wenn es als weit verbreiteter und systematischer Angriff auf die Zivilbevölkerung genutzt wird.
- Entsprechend international geltendem Recht muss gesetzlich geregelt sein, dass weder Gründe zum Ausschluss krimineller Verantwortung, wie z.B. der Befolgung erhaltender Befehle oder Anweisungen, noch spezifische Umstände, wie die Aussetzung verfassungsmäßig garantierter Rechte oder schwerwiegende Störungen der öffentlichen Ordnung als Rechtfertigung für die begangenen Straftaten dienen können.
- Die Verpflichtung, von Amts wegen unverzüglich Nachforschungen zum Verbleib verschwunden gemeldeter Personen einzuleiten, muss staatlich anerkannt sein. Die Suche muss mittels einer festgelegten Vorgehensweise erfolgen, welche mithilfe der Beratung von Experten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Familienangehörigen verschwundener Personen entwickelt wurde. Es sollten nach dem Verschwinden einer Person spezielle Mechanismen greifen, um so schnell wie möglich innerhalb der ersten 72 Stunden reagieren zu können. Die Suche muss weitergeführt werden, bis das Schicksal oder der Aufenthaltsort des Opfers vollständig aufgeklärt ist.
- Entsprechend internationalem Recht muss Vorsorge getroffen werden für die strafrechtliche Verantwortung von Vorgesetzten, die in irgendeiner Weise in das gewaltsame Verschwindenlassen einer Person verwickelt sind.
- Das Militärstrafgesetzbuch ist dergestalt zu reformieren, dass nur noch ein einheitliches ziviles Strafrecht gilt, wenn es um Anzeigen gegen Menschenrechtsverletzungen geht, die von Mitgliedern der Streitkräfte begangen wurden. Nur innerhalb des Systems ziviler Rechtsprechung dürfen Untersuchungen stattfin-

den, Verfahren eingeleitet und über diese entschieden werden. Dies soll auch gelten, wenn das Opfer ebenfalls Angehöriger des Militärs ist.

### **In Bezug auf die Suche verschwundener Personen und die Nachforschungen**

- Zu allen Fällen von Verschwinden und gewaltsamem Verschwindenlassen müssen umgehend detaillierte und unparteiische Nachforschungen im Land angestellt werden. Die Verantwortlichen müssen sich ggf. gemäß internationalen Standards in ordentlichen Verfahren vor Gericht verantworten.
- Es ist anzuerkennen und zu erlauben, dass Familienangehörige der verschwundenen Personen an den Nachforschungen teilnehmen. Angehörige sind mit aktuellen und wahrheitsgetreuen Informationen über den Ermittlungsstand zu versorgen. Ferner soll sichergestellt sein, dass Angehörige zur Untersuchung Informationen beitragen, Vorgehensweisen vorschlagen und um Beweise bitten können. Die Behörden dürfen die Verantwortung für die Untersuchung des Falls nicht auf die Familien abwälzen.
- Beweismittel sind in angemessener Form zu erhalten, weiterzuleiten und zu sichern, bei gleichzeitiger Vermeidung ihrer Veränderung oder ihres Verlusts. Für diejenigen, die diese Bestimmung nicht einhalten, muss eine Überwachungskette eingeführt und Sanktionen durchgesetzt werden.
- Einführung und Regelung einer Verpflichtung der zuständigen Ermittlungsinstanzen, dass sie nach vorheriger Autorisierung und unter richterlicher Kontrolle die notwendigen Informationen einholen. Darin inbegriffen sind Informationen über geographische Ortung und Details der Telefonnutzung sowie Aufnahmen von Sicherheitskameras o.ä.
- Sicherstellen, dass gegen Staatsbedienstete, die beschuldigt werden, unverzügliche, unparteiische und umfängliche Untersuchungen angezeigter Fälle von Verschwinden und gewaltsamem Verschwindenlassen zu behindern, Ermittlungen eingeleitet und die Beschuldigten zur Rechenschaft gezogen werden.
- Es sind gesetzliche Regelungen einzuführen, dass jeder des Amtes enthoben wird, der verdächtigt wird, an dem Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens beteiligt zu sein, durch das die Untersuchungen beeinflusst werden könnten, wie beispielsweise durch Ausübung von Druck, Einschüchterung oder Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Anzeigenstellern, Zeugen, Angehörigen der verschwundenen Person und deren rechtlichen Vertretern, sowie gegenüber denen, die an den Ermittlungen mitwirken.

### **In Bezug auf die Betroffenheit der Angehörigen, den Beistand und die vollständige Entschädigung**

- Detaillierte gesetzliche Vorgaben bezüglich der Vermisstenanzeige einführen und die Rechte der verschwundenen Person ausweiten. Dadurch soll ihr legaler Status sowie der Eigentumsschutz der Person und ihrer Familie geklärt werden. Ab dem Zeitpunkt der Meldung des Verschwindens einer Person müssen alle Verpflichtungen dieser, einschließlich Schuldzinsen jeglicher Art, ausgesetzt werden. Das Gesetz sollte garantieren, dass die Prozesse und alle damit zusammenhängenden Behördenwege einfach, zugänglich und kostenfrei sind.

- Es muss eine Garantie für vollständige Entschädigung der Opfer - beruhend auf internationalen Standards - geben. Ferner muss die Besonderheit jedes Falles berücksichtigt, einschließlich von Regelungen zur Kostenerstattung, Rehabilitation, Wiedergutmachung, Garantie der Nicht-Wiederholung sowie das Recht auf Wahrheit und historische Erinnerung gewährleistet sein. Für die Auszahlung einer Entschädigung darf es keine Vorbedingungen wie Führung eines Strafprozesses gegen den oder die Täter geben.
- Es muss sichergestellt sein, dass das vorgesehene Allgemeine Gesetz zum Verschwinden in angemessener Form und vollständig im ganzen Land zur Geltung kommt. Der Bund muss für Entschädigungszahlungen und andere Maßnahmen geradestehen, wenn die Bundesstaaten dafür nicht aufkommen.

### **Weitere Maßnahmen öffentlicher Politik**

- Es muss ein Verschwundenen-Register eingeführt werden, das sachdienliche und hinreichende Informationen für alle Fälle von Verschwinden und gewaltsamem Verschwindenlassen enthält, inklusive derer aus vergangenen Jahrzehnten. Dieses Verzeichnis soll als Instrument zur Überwachung, Auswertung und Strategieentwicklung in Bezug auf das Verschwinden von Personen dienen.
- Es muss ein Verhafteten-Register entstehen, in dem aktuelle und präzise Informationen über sämtliche, von jedwedem mexikanischen Staatsbediensteten durchgeführte Verhaftungen dokumentiert werden. Verzeichniseinträge müssen unauslöschlich sein und jede Situationsänderung der festgenommenen Person registrieren.
- Der Schutz der Beschwerde führenden Person sowie der Zeugen, der Angehörigen von Verschwundenen und ihrer Rechtsvertreter muss gesetzlich und praktisch sichergestellt sein. Die in die Ermittlungen involvierten Personen sind vor Drohungen und Anschlägen zu schützen.
- Die im Hinblick auf Mexiko vom UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen und von der Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen verfassten Empfehlungen sind umzusetzen.
- Gemäß der Artikel 31 und 32 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen sind die Kompetenzen des UN-Ausschusses gegen das Verschwindenlassen hinsichtlich der Erkenntnisse über Fälle von Verschwinden anzuerkennen. Der Ausschuss muss auf Einladung nach Mexiko reisen können.





Amnesty-Demonstration in Mexiko-Stadt

Links: „Das sind keine Einzelfälle“. Mitte: „Korruption bei Ermittlungen ist dasselbe wie Straflosigkeit“.

## „Eine gleichgültige Behandlung“

### Die Reaktionen des Staates auf das Verschwinden von Personen in Mexiko

In Mexiko spielt es keine Rolle, ob es sich beim Verschwinden von Menschen um einen unbekannten Fall oder um einen Fall handelt, der nationale und internationale Aufmerksamkeit erhält. Es spielt auch keine Rolle, ob dabei Staatsbedienstete oder nicht-staatliche Akteure am Werk waren. Die Behörden scheinen nicht in der Lage zu sein, stichhaltige Antworten zu geben, die substantiell zur Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit und Entschädigung von mehr als 27.000 verschwundenen Personen beitragen könnten.

Amnesty International hat die Unzulänglichkeiten des Staates bei der Suche nach Verschwundenen und effektiven Ermittlungen, die zu einer Identifizierung und Ahndung der Verantwortlichen führen könnten dokumentiert.

In diesem Bericht analysiert Amnesty International den Fall des Verschwindenlassens der 43 Studenten von Ayotzinapa sowie die Krise des Verschwindens in Ciudad Cauhtémoc im Bundesstaat Chihuahua – zwei beispielhafte Fälle, an denen die Ernsthaftigkeit der Lage in dem Land verdeutlicht wird. Dies hat zu einer Vielzahl von Gruppierungen und Zusammenschlüssen geführt, einschließlich der Familien von Verschwundenen, die Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung einfordern und die angesichts der Untätigkeit des Staates einen wichtigen Kampf aufgenommen haben, den Verbleib ihrer geliebten Angehörigen zu erkunden.

Amnesty International möchte den mexikanischen Staat ermahnen und ersuchen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen, insbesondere das vorgesehene Allgemeine Gesetz zum Verschwinden höchsten internationalen Standards anzupassen. Es wird von fundamentaler Bedeutung sein, dass die neue Gesetzgebung der Erfahrung und den Forderungen Tausender von Opfern Rechnung trägt, die ihre Lieben suchen. Das Gesetz muss auch sicherstellen, dass angemessene Ermittlungsmechanismen geschaffen werden, dass Verschwinden einen Straftatbestand darstellt und dass sich eine öffentliche Politik herausbildet, die dem Verschwindenlassen von Personen und dem Verschwinden durch nicht-staatliche Akteure vorbeugt und diese Verbrechen ausmerzt.